

Sächsische Volkszeitung

Gür christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle, Druck u. Verlag: Hermann F. A.
der Verlag und Druckerei, Alte Vorstadt, Dresden-L. L.
Sachstrasse 17, Telefon 21012. Volldruckerei Dresden
1903. Panitzsch, Dresden. Nr. 1111

Mittwoch, den 29. Januar 1930

Verlagsort: Dresden

Einzelnummer: Die Tageszeitung 10. 4. Sammelnummer
ausgegeben u. abgestellt 20. 4. Die Wochenzettel 20. 4. Sammeln
Zeitung 1. 4. Die Blätter ausgetragen 20. 4. Die Wochenzettel 20. 4. Am Ende
dieser Seite ist eine Liste über die Ausgabezeitung auf Siedlung und
Gebäude u. Einzel- u. Haushalte u. Siedlungen u. Siedlungsgruppen.
Gesamtfläche 10. 4. Gesamtfläche 20. 4. Sammeln 20. 4.

Reaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mitte: 1. Wallstraße 17, Telefon 2111
und 21012.

Grandi gegen Tardieu

Der französisch-italienische Gegensatz auf der Flottenkonferenz

Streit um das Programm

London, 23. Januar.

Auf Flottenkonferenz meldet die Morgenpost, daß gleichen bei der dreitägigen Zusammenkunft der Hauptdelegierten nur geringfügige Fortschritte gemacht wurden. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ sagt, es werde gehofft, daß heute vormittag bei der erneuten Zusammenkunft der Hauptdelegierten die Tagesordnung „mehr oder weniger“ endgültig vereinbart werden könne. Dem Blatt zufolge kam es gestern zwischen Tardieu und Grandi zu Auseinandersetzungen, die zeitweise erbittert waren.

„Times“ meldet hierzu: Tardieu schlug gestern vor, daß die Konferenz, bevor sie sich auf Einzelheiten über die Schiffs- typen einlässe, zunächst eine Vereinbarung über folgende drei Hauptpunkte erzielen solle: 1. Die Methode der Berechnung der Bedürfnisse der verschiedenen Mächte, 2. die Gesamtkonstruktion, 3. das Recht des Tonnois-Transfers von einer Schiffsklasse auf die andere. Der italienische Hauptdelegierte Grandi schlug vor, daß vor allem eine Vereinbarung über das Stärkeverhältnis der einzelnen Kriegsschiffe vorgenommen werden solle. Da es zu keiner Einigung hierüber kam, wurde die Erörterung auf heute vormittag verschoben; doch wird Tardieu mit seinen Vorschlägen als erster zu Wort kommen, da vereinbart worden ist, daß in folgenden Runden die alphabetische Reihenfolge der verschiedenen Länder maßgebend ist.

Paris, 23. Januar.

Die gestrige Auseinandersetzung auf der Londoner Konferenz und der dabei zum Ausdruck gekommene Gegensatz zwischen den italienischen und französischen Theorie bildet das Hauptthema sowohl der Berichterstatter der Morgenblätter aus London als auch der allgemeinen Veröffentlichungen. Es sei bedauerlich, so schreibt der Londoner Berichterstatter im „Echo de Paris“, daß die Londoner Verhandlungen quer auf Kosten der französisch-italienischen Beziehungen gingen. Die Beantwortung hierfür halte vollkommen auf Strand, weil dieser der Italiens-

ischen Regierung im Vertrage von 1922 nicht nur ein Kontingent von Großkampfschiffen in eiserner Stahl wie das französische bewilligt, sondern auch außerdem die Möglichkeit für die übrigen Kriegsschiffe vertraglich habe. Der italienische Berichterstatter meint, daß gestern abend in Konferenz zwei davon abgesprochen worden sei, sowohl die französische wie die italienische Flottille gemeinsam abzumessen und fortan eine Verteilung der Kreuzerkreise nach Schiffsartegorie vornehmen.

Nach dem Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ jedoch soll der italienische Außenminister Grandi seine ursprüngliche harre Haltung geändert haben und den Wunsch äußert haben, die Verhandlungen fortzuführen. Er habe sogar die Absicht angekündigt, von der italienischen Rückreise nach Flotten- gleichheit mit Frankreich die Zusage zu erhalten, die Frankreich benötigen würde, um den Kriegs- oder Friedensvertrag vom Typ der „Friede Preußens“, die Deutschland benannt hatte, handhaben zu können.

Der Sonderberichterstatter des „L'Intransige“ in London berichtet, daß nach Ansicht Tardieus noch acht Tage erforderlich sein würden, damit die Konferenz sich von den Vorurteilen, denen jede einzelne Delegation unterworfen sei, freiere. Ansonsten werde Tardieu nicht Ende dieser Woche, sondern vermutlich erst Mitte kommender Woche die angekündigte Reise nach Paris antreten.

Keine Umbildung des französischen Kabinetts

Paris, 23. Januar.

Noch dem „Echo de Paris“ wird Ministerpräsident Tardieu, wenn er am nächsten Sonnabend für vier Tage nach Paris zurückkehrt, den Ministerstab einberufen, der ihn mit der gesamten politischen Lage beschäftigen soll. Die Aussicht von einer Umbildung des Ministeriums, die täglich im Umlauf seien, seien vollkommen unbegründet, und man könne sicher auf Kenntnis der von London kommenden Meliorationen hinarbeiten, daß die Solidarität der Regierung vollkommen sei.

Ber Annahme des Zündholzmonopols

Die dritte Lesung

Berlin, 23. Januar.

Auf der Tagesordnung des Reichstages, dessen Sitzung heute um 1 Uhr beginnt, steht die dritte Lesung des Zündwarenmonopolgesetzes. Die Annahme des Gesetzes ist gefährdet. In der gestrigen Sitzung war das Gesetz in zweiter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen worden. Gestrichen wurde in der Vorlage nur die geplante 10-prozentige Preiserhöhung für Exportwaren.

Einige weitere Vorlagen sind heute nur auf die Tagesordnung gesetzt worden, um ohne Ausprache den Ausschüssen überwiesen zu werden, so das neue Beamtenvertretungsgesetz und Antrag der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die Tarife der Berliner Stadt- und Ringbahn nicht zu erhöhen, sowie ein Antrag der Deutschen Volkspartei über Wohnnahmen zur Erhöhung der Roggenpreise. Den Vortrag benutzen die Ausschüsse des Reichstages, um ihre Arbeiten zu fördern.

In der gestrigen Reichstagssitzung hat der Reichsfinanzminister Moldenhauer die Stellungnahme der Regierung zu dem Monopol-Gesetz nochmals eingehend dargelegt. Er sagte u. a.:

Die Zündholzfabrikanten selbst seien in dem Monopol ein geeigneter Mittel, um die Zündwarenwirtschaft wieder in geordnete Bahnen zu lenken. In dem Monopol sind die deutschen Wirtschaftsinteressen gewahrt. In der Monopolgesellschaft ist ein ausreichender Einfluß der deutschen Seite sichergestellt. Der Gewinn der Monopolgesellschaft kommt dem Reich unmittelbar oder mittelbar zugute. Den Interessen des Handels, und zwar des Groß- und Kleinhandels, ist durch zahlreiche Bestimmungen Rechnung getragen. Die besonders stark kritisierte Fürsorge der Genossenschaftsfabriken hat eine Lösung gefunden, die als befriedigendes Interessenausgleich anzusehen ist. Sie bleiben zwar wie bisher außerhalb des Monopols, müssen aber erhebliche Sonderabgaben von 60 Mark pro Kiste an das Reich entrichten. Ihre Produktion ist auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse zahlenmäßig begrenzt.

Aus Gründen der Kassenlage hielte es die Regierung für richtig, für die Vorteile, die bei Schaffung des Monopols auch den der schwedischen Seite gehörenden Zündholzfabrikanten in Deutschland zufließen, eine gewisse Gegenleistung durch Gewährung einer langfristigen Anleihe zu verlangen. Die Anleihe beträgt 125 Millionen Dollars. Sie ist mit 6 Prozent

verzinslich und hat einen Auszahlungsschluß von 93 Prozent. Der Gegenwert wird in zwei Teilstücken von nominal 50 Millionen und 75 Millionen Dollars zwischen 7 und 10 Monate nach der Bekanntmachung des hier zur Deklaration stehenden Gesetzes ausgezahlt.

Der Wunsch der Reichsregierung ging dahin, eine möglichst langfristige in der Tilgung ihrer beginnende und sogleich in kleinen Jahresraten zu tilgenden Anleihe zu erhalten. Es ist möglich gewesen, eine 50-jährige Laufzeit durchzusetzen und die Tilgung erst vom vierten Jahr ab beginnen zu lassen. Andererseits hat die Reichsregierung ihrerseits Wert darauf gelegt, selbst vom sechsten Jahr an die Möglichkeit einer jederzeitigen Rücknahme zu behalten. — Dieser langfristige Kredit wird zunächst von der französischen Gruppe selbst gegeben. Eine Aufteilung auf den Kapitalmarkt ist ohne Zustimmung der deutschen Regierung für die nächsten 3½ Jahre nicht zulässig. So sehr auch die inzwischen eintretenden Kreisbedürfnisse Deutschlands insbesondere die deutsche Wirtschaft, auf ausländischen Märkten in ihrer Verbreitung nicht behindert werden. Man kann danach die Bedingungen dieser Anleihe auch in ihrer Verbindung mit dem Monopol als durchaus tragbar bezeichnen.

In der Ausprache, die sich an die Rede des Ministers anschloß, ergab sich nach dem Spokesman der Sozialdemokraten und Deutschnationalen Abg. Dr. Kohler (Benz) das Wort. Er berechnete das Gesetz als notwendig, weil das Sperrzeichen sich als unzureichendes Mittel zum Schutz der deutschen Zündwarenindustrie erwiesen habe. Nach dem schlechten Erfolg der beiden letzten Anleihen sei es verständlich, wenn der Finanzminister ein solches Experiment nicht wiederholte, sondern den vorstehenden Weg des Abschlusses streugeht. Nebenmehr gänzlich sind Kreuzers Bedingungen freilich nicht. Besonders ungünstig wirkt die Steuerfreiheit. Wir müssen uns wohl oder übel damit abfinden, weil wir ohne eine Anleihe die Finanzen nicht sanieren können. Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage wird das Zentrum trotz aller Bedenken der Vorlage zustimmen.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages befürwortete am Dienstag mit seiner Mehrheit, die heutige Ausprachungsgesetz zu beraten. — Es wurde der Wunsch geäußert, daß das Rentnergesetz (Kurzfristgläubigerverordnung) dem Reichstag befreundet vorgetragen werden möge. Ferner wurde die Regierung gebeten, sich darüber zu äußern, welche Stellung sie vor Frage der Bildenderkunst einnimmt, damit die am zweiten Freitag vorliegenden Anträge in der nächsten Sitzung erledigt werden können.

Die erste Woche

Seit einer Woche beraten nun im St. James-Palast in London hinter verschlossenen Türen die Vertreter der fünf großen Flottenmächte über die Richtlinien der Konferenz. Noch nicht einmal über das Programm der Verhandlungen hat man sich in diesen sieben Tagen einigen können. Gewiß sind Fragen von großer Tragweite, wie die Abschaffung der Schlachtschiffe, die Halbierung der Kriegsflotten und der Plan eines Weltgerichtsgerichts auf maritimem Gebiet in die Debatte geworfen worden. Um so mehr muß es auffallen, daß von einer Seite die mit so großem Eon und offensichtlichem Verständigungswillen begonnene Abrüstungsarbeit mit kleinerlichen und veralteten Vorbehalten und Vorschlägen beendet wird, nämlich von Frankreich.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es von vornherein die Absicht des Quai d'Orsay war, der Londoner Konferenz höchstens den Wert von Vorverhandlungen für die allgemeine Sicherheit Abrüstungskonferenz zugestimmt und die französische Wirtschaft nur unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt zur Verfügung zu stellen. Auch vor es bekannt, daß sich Frankreich in Einzelfragen wie der Abschaffung der U-Boote und der angekündigten Flottenstärke Italiens unangiebig zeigen würde. Das ist ungefeit Frankreich eine wesentliche Heraussetzung seines Kreuzeranteils beantragt, daß es darüber hinaus die ganze lange Wunschkette seiner angeblich fehlenden Sicherheit vor den Londoner Delegierten ausspielen würde, das war immerhin eine pittoreske Überraschung und zeigt, daß man in Paris von den alten west-europäischen Sicherheitsvorstellungen nicht loskommt, auch wenn um Weltprobleme und maritime Weltgeltung gesungen wird. Jährlang hat Frankreich die Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes dadurch kontrolliert, daß es von seiner fehlenden Sicherheit frisch und einen Ersatz in ergänzenden Garantieverträgen, die in einem allgemeinen Garantievertrag gipfelt, gefordert hat. Das Generalkonzept stellt in diesem Sinne noch heute den Wunschtraum der französischen Sicherheitspolitiker dar, und der Kellogg-pakt hat vor allem deshalb so schwer in französischen Augen gefunden, weil er sich über diese Art militärisch garantierter Sicherheit hinwegfiegt. Frankreich bringt nun die Generalklausel und Programmatisierung nach London mit und verlangt nichts weniger, als daß die alten Ideen Paul-Vauquards Pragung von den Vertretern der Weltmächte freudig willkommen geheißen werden.

Den Erwartungen gemäß hat man in London den französischen Vorsitz wünschen im Mittelmeer die feste Säule gezeigt, und es ist mindestens ebenso unwahrscheinlich, daß etwa Spanien sich zu einer Garantie zugunsten Frankreichs gegen Italien herbeilassen würde. Eine solche festerliche Garantierung des heutigen französischen Weltstandes durch England und Spanien gegen das evolutionäre, faulische Italien würde eine so starke Belastung für die englische Labourregierung bilden, daß sie um ihretwillen nicht eine Führung ihrer inneren Politik riskieren wird. Was vollaufs Frankreich mit einem Pakt über den Mittelmeeraufmarsch erreichen will, der überlich eher von einer französischen Guerillale als von einer englischen überquert werden wird, das ist noch unerklärbare und läßt sich nur aus dem französischen Wunsch erklären. Schwierigkeiten aufzuwerfen, die das Einigungswerk der anderen noch weiter belasten. Frankreich hat sich 1925 im Kellogg-pakt seine neuen Orienten beheimatigen lassen, aber es dürfte ihm schwer fallen, internationale Garantien für territoriale Verhältnisse zu erhalten, die teils unbestritten, teils aber so umstritten sind, daß niemand seine Hand in dies Wespennest legen wird.

Noch eigenümlicher berührt der französische Vorschlag auf den Wortlaut des Kellogg-paktes. Dieser stellt bekanntlich — und mehr will er nicht sein — eine feste moralische Verpflichtung, aber kein machtpolitisches Inkrement mit Ausführungsbeschränkungen dar, wenn er freilich auch gegebenenfalls infolge der Initiative einer Unterschriftenmehrheit — etwa der Vereinigten Staaten — gar keine rechtliche Bedeutung erlangen kann. Im Sonntag dazu kennt der Völkerbundspakt grundsätzlich Strafungs- und Konfiszierungsmaßnahmen für den Fall einer Verletzung der Friedenspflichten, läßt aber andererseits im Gegenfall zum Kellogg-pakt eine leichte Möglichkeit legaler Regelung offen. Dieser letztere, tatsächlich widerprüht zwischen dem 29. September von den englischen Delegierten aufgegriffen und zum Gegenstand eines Antrages gemacht worden, der dahin zielt, die beiden Völker im Sinne und Wortlaut nach einander anzuleiden. Für eine Ausmerzung der letzten legalen Kriegsmittel aus dem Völkerbundspakt fand sich eine starke Führerrolle bei den Völkerbundsmächten, während Frankreich sich zu erklären bekleidte, daß freilich eine Angleichung der beiden

Berücksichtigt sei, aber indem man zunächst einmal die Strafbestimmungen des Genfer Paktes in den Weltfriedenspakt hineinverarbeitete. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß dies das Ende des Kellogg-Paktes bedeutet würde, weil die Vereinigten Staaten niemals einer hineininterpretierung der Genfer Sanktionsklausul in die einfache klare Kellogg-formel ihre Zustimmung geben würden. Dennoch hat die französische Delegation in klarer Erkenntnis der dadurch eintretenden Erschwerung diese Frage in die Londoner Debatten geworfen und damit zugleich die sehr delicate Frage der "Freiheit der Meere" gegen den Willen der Engländer hochgehen lassen.

Die Londoner Fragestellung hat sich durch die französische Initiative in bedenklicher Weise verschoben. Ein Gegenstoss der anglo-sächsischen Mächte gegen die französischen Absichten auf Änderung der Grundlage der gefahrene Konferenz ist zu erwarten. Das erste Ergebnis des französischen Vorhabens ist der Zusammenschluß mit Italien, von dem wir an anderer Stelle ausführlich berichten. Es ist vorzusehen, daß diese krisenhafte Entwicklung der Konferenz sich zunächst fortsetzen wird, und daß an wichtige Ergebnisse erst gedacht werden kann, wenn Frankreich sich entschließt, seine Taktik zu ändern.

Neuer Plan vor dem Reichsrat

Dem Reichstag sind am Montag vormittag die Haager Abkommen und die dazugehörigen Anlagen zugeleitet worden. Es handelt sich noch nicht um einen Gesetzesentwurf, sondern nur um einen Abdruck der Abkommen der Haager Konferenz und der Sonderabkommen mit Belgien und den Vereinigten Staaten sowie der Liquidationsabkommen mit Belgien, Polen, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Australien, Neuseeland und Italien. Der Abdruck der gesamten Abkommen umfaßt 120 Drucksachen. Der Reichstag ist sofort in die Beratung dieser Fragen eingetreten. Um 11 Uhr trat der Auswärtige Ausschuß des Reichsrates unter Bericht auf. Jene Abhandlung der üblichen Art ist bereits am Freitag die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates einzuberufen, um zu dem gesamten Vertragwerk des Youngplanes Stellung zu nehmen. Die Vollstreckung des Reichsrates, in der der gesamte Komplex verabschiedet und dem Reichstag überreicht werden soll, wird bereits am Sonnabend, den 1. Februar, stattfinden.

Die Koalitionsfrage in Preußen

Berlin, 28. Januar.

Die Verhandlungen über die preußische Koalitionserweiterung sind dadurch in ein neues Stadium getreten, daß nach den geführten persönlichen Besprechungen am Montagnachmittag eine interparlamentäre Sitzung der bisherigen Koalitionsparteien unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun stattfand. Unter dieser Sitzung weist der Demokratische Zeitungsdiensst zu Berlin: Zwischen den Koalitionsparteien bestand Übereinstimmung, daß die Wiederherstellung der Großen Koalition erwünscht sei. Gegen die Schaffung eines Ministeriums ohne Portefeuille wurden gleichfalls übereinstimmend Bedenken zum Ausdruck gebracht. Der demokratische Fraktionssprecher Roth erklärte in der Frage der Besetzung des Kultusministeriums, daß auf die Interessen der evangelischen Bevölkerung die nötige Rücksicht genommen werden müsse. Der überwältigende Staatssekretär im Kultusministerium ist Katholik und der sozialdemokratische Anwärter, der Abg. König, für den Ministerposten Difffident. Auch die Zentrumspartei wunderte sich gegen die Besetzung des Kultusministeriums durch den Abg. König. Die Sozialdemokraten hielten den Anspruch auf Nachbesetzung des Kultusministeriums aufrecht. Sie werden in einer Fraktionssitzung über ihre weitere Haltung beschließen.

Sächsischer Landtag

Dresden, 28. Januar.

In der heutigen Landtagssitzung kam zunächst Ministerialdirektor Dr. Sonner auf Neuerungen des Abg. Schöning zured, daß die Reaktion die Gelegenheit verpaßt hätte, Mittel aus der werthabenden Arbeitersfürsorge vom Reich für die Tafelverträge im Pfälzer und Goldfeld zu erhalten. Das Reichamt für Arbeitsvermittlung möchte, so erklärte Sonner, bei den Verhandlungen über die Gewährung von Mitteln in der Form von Darlehen aus der werthabenden Arbeitersfürsorge die Vergabe der Darlehen von der höchsten Finanzierung dieser Unternehmungen abhängig. Diese Darlehen, deren Höhe von der Zahl der Erwerbslosenlastgemeinde abhängt und vorläufig etwa 7 Millionen Mark betragen würden, sind im allgemeinen mit 4 Prozent zu verzinsen, für Vergütung und Tilgung sind im sogenannten 8.2 Prozent erforderlich. Die Verhandlungen mit der Reichsregierung waren Gewährung eines Zulusses von 10 Millionen seien ohne Erfolg geblieben, daher hätten auch weitere Verhandlungen mit dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung keine Erfolg bleiben müssen.

Die Kommunisten beantragten dann, ihre Anträge zugunsten der Opfer von Hartmannsdorf auf die Tagesordnung zu setzen, doch wurde das abgelehnt. Darauf begründete Finanzminister Weber die Vorlage über die Änderung des Stempelsteuergesetzes.

* Erneuerung des toten Kapitäns Treuer. Wie die "Associated Press" aus Monterrey (Mexikan) berichtet, beschloß der dortige Richter einstimmig das Gedeklinis des Kapitäns Treuer, der in der letzten Woche bei dem Schiffsbrand des Tankers Monte Gervasio den Tod gefunden hat, zu erneuern.

Das Abkommen mit Polen

Verschiedene Telegraphen-Agenturen haben Montag abend den angeblichen Text des deutsch-polnischen Abkommens veröffentlicht. Hierzu wird von zuständiger Stelle bemerkt, daß diese Veröffentlichung, die nur den aus der Haager Konferenz niedergelegten Teil des deutsch-polnischen Vertragsvertrages umfaßt, unvollständig ist. Das gesamte Vertragswerk mit dem dazugehörigen Antrittsbrief, in dem u. a. der polnische Verzicht auf das Biedermeierrecht ausgesprochen ist, wird mit den erforderlichen Gesetzesvorlagen in den nächsten Tagen den gesetzgebenden Körpern zugeleitet werden. Der bisher veröffentlichte Teil des Vertragsvertrages hat folgenden Wortlaut:

Die leichten Unterredungen zwischen dem deutschen Gesandten und dem polnischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Die Reichsregierung und die Regierung der Republik Polen geben die nachstehenden Erklärungen ab, die auf der Haager Konferenz niedergelegt werden und mit dem Inkrafttreten des Youngplanes Gesetzestat erlangen sollen.

2. Die deutsche Regierung erklärt den Verzicht auf alle mit dem Krieg oder Friedensvertrag im Zusammenhang stehenden Forderungen finanzieller oder vermögensrechtlicher Art — sowohl des Staates wie seiner Staatsangehörigen (natürliche oder juristische Personen) — die wegen irgend eines Vorganges aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Youngplanes unmittelbar oder mittelbar gegen Polen geltend gemacht worden sind, oder künftig geltend gemacht werden könnten, einschließlich der Reklamationen, die in besonderen auf solche Vorgänge bezüglichen Abkommen anerkannt sind. Was die Forderungen finanzieller oder vermögensrechtlicher Art von Seiten Polens, sowohl des Staates wie seiner Staatsangehörigen (natürliche und juristische Personen) betrifft, die mit dem Krieg oder dem Friedensvertrag im Zusammenhang stehen und wegen irgend eines vor dem Inkrafttreten des Youngplanes liegenden Vorganges unmittelbar oder mittelbar gegen Deutschland geltend gemacht worden sind oder künftig geltend gemacht werden können, einschließlich der Reklamationen, die in besonderen auf solche Vorgänge bezüglichen Abkommen anerkannt sind, so erkennen die polnische Regierung die Bestimmungen in Kapitel IX Paragraph 143 des Youngplanes an. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 5 dieser Vereinbarungen stellen die gegenwärtigen Erklärungen einen vollständigen und endgültigen Verzicht auf die oben erwähnten Reklamationen dar, gleichwohl

3. Die polnische Regierung erklärt, auf jede Liquidation deutscher Güter, Rechte und Interessen in Polen, die die polnische Regierung auf Grund oder nach Mahnung der Bestimmungen des Artikels 92 und 297 b des Friedensvertrages vorgenommen hat oder vornehmen könnte, zu verzichten, soweit sich diese Güter, Rechte und Interessen am 1. September 1929 noch in der Hand ihrer Eigentümer oder ehemaligen Eigentümer befinden. Alle Maßnahmen zur Erhaltung des bestehenden Zustandes, die in Verbindung mit dem oben erwähnten Liquidationsverfahren geschlossen worden sind, verlieren mit dem Inkrafttreten der gegen-

wärtigen Vereinbarung ihre Wirkung. Die in Kette liegenden Güter werden in den tatsächlichen und rechtlichen Zustand, in dem sie sich befinden, samt den mit ihnen zusammenhängenden Rechten und Vergütungen und unter Aufrechterhaltung der bestehenden Lasten freigegeben, ohne daß jedoch für die Kosten und Honorare des Liquidationsverwalters eine Jurisdiktion erfolgen darf.

4. Einige Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des gegenwärtigen Abkommens, die sich auf diplomatisches Wege nicht regeln lassen, werden auf Antrag eines der vertragshaltenden Teile einem Schiedsgericht vorgelegt. Zu diesem Zweck erneut jeder Teil einen Schiedsrichter. Die beiden Schiedsrichter wählen einen neutralen Vorsitzenden. Kommt eine Einigung über die Person dieses neutralen Vorsitzenden nicht zustande, so soll der Präsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft gebeten werden, ihn zu ernennen.

5. Die beiden Regierungen haben sich unmittelbar nach der Unterzeichnung der gegenwärtigen Vereinbarung ins Benehmen zu setzen, um die Maßnahmen zu vereinbaren, die hinsichtlich der künftigen Tätigkeit des deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichts zu treffen sein werden.

Das Schlußprotokoll zum Artikel 2 der deutsch-polnischen Vereinbarung vom 31. Oktober 1929 hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Erklärung in Artikel 2 der genannten Vereinbarung umfaßt auch alle Reklamationen deutscher Staatsangehöriger gegen die polnische Regierung, die sich auf die Artikel 92, Absatz 4, 297b Absatz 2, 304 und 305 des Vertrages von Versailles stützen, und zwar sowohl diejenigen, die bereits vor das deutsch-polnische gemischte Schiedsgericht gebracht sind, als auch die, die künftig dort geltend gemacht werden könnten, aber aus der Vergangenheit stammen.

2. Die polnische Erklärung in Artikel 2 der Vereinbarung umfaßt auch alle Reklamationen polnischer Staatsangehöriger, die vor demselben Schiedsgericht gegen die deutsche Regierung geltend gemacht worden sind und sich auf die Artikel 297, 298, 302, 302 204 und 205 des Vertrages von Versailles stützen, und zwar sowohl diejenigen, die bereits vor das genannte Schiedsgericht gebracht worden sind, als auch die, die künftig dort geltend gemacht werden könnten, aber aus der Vergangenheit stammen.

3. Die Forderungen aus den für die Übergangszeit geltenden Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 15. Mai 1922, für die das Schiedsgericht in Weihen oder die gemischte Kommission in Kattowitz zuständig sind, sind in dem gegenwärtigen Vertrag nicht einbezogen.

4. Die gegenwärtigen Erklärungen in Artikel 2 der genannten Vereinbarung umfassen nicht nur die Forderungen der Staatsangehörigen (natürliche und juristische Personen) an die bestehende Regierung, sondern auch die für eigene Rechnung gestellten finanziellen Forderungen der einen Regierung an die andere, gleichviel, worauf sie sich rechtlich oder tatsächlich gründen.

Die Metallindustriellen abgewiesen

Das Urteil im Prozeß gegen den Metallarbeiterverband.

Dresden, 28. Januar. Das Landesarbeitsgericht Dresden verhängte heute mittag das Urteil in dem bekannten Schadensfallprozeß des Verbandes der Metallindustriellen gegen den Deutschen Metallarbeiterverband in Stuttgart und seine Dresden Bezirksleitung. Die Metallindustriellen beanspruchen Schadensfall, weil der Metallarbeiterverband 1928 40000 R. eingezogen, als Teil eines Gesamtschadens von 2,4 Millionen R.M.

Die Klage wurde, wie in der ersten Instanz abgewiesen. Die Passiv-Legitimation des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart sei nicht gegeben. Die Dresdner Bezirksleitung habe zwar für die Zeit nach dem 20. Januar 1928 tarifwidrig gehandelt, aber ein urprünglicher Zusammenhang zwischen der Unterstüzung der entlassenen Metallarbeiter und dem Schaden der Metallindustriellen sei nicht nachgewiesen worden.

Gedächtnis „Brüder in Not“

Berlin, 28. Januar. Die Sammlung „Brüder in Not“ zugunsten der aus Russland abgewanderten deutschstämmigen Bauern hat bisher ein durchaus bestiedigendes Ergebnis gezeigt. Außer der Zuwendung des Reichspräsidenten in Höhe von 200 000 R.M. steht sich die Summe der eingegangenen Gelder aus überwiegend kleinen und kleinsten Spenden zusammen, die aus allen Kreisen fließen. Ramentlich aus Süddeutschland sind die Eingänge sehr zahlreich. Die allgemeine öffentliche Sammlung hat bisher rund 300 000 R.M. ergeben. Das Sammlungsergebnis kommt restlos den geflüchteten deutschen Bauernfamilien zugute. Über die Verwendung und Verteilung der Mittel entscheidet ein von den Spenderverbänden der freien Wohlfahrtspflege gebildeter besonderer Ausschuß.

Politische Zwischenfälle

Berlin, 28. Januar. In zwei von der Demokratischen Partei gestern abend veranstalteten Versammlungen im Westen der Stadt verübten Nationalsozialisten und Kommunisten zu töten. In beiden Fällen wurden die Ruhesäte von der Polizei gewaltsam entfernt und einer von ihnen festgenommen. In einer nationalsozialistischen Versammlung im Wilmersdorfer Markt wurden vier Versammlungsteilnehmer angeschossen, weil bei ihnen Waffen gefunden wurden. Gegen 12 Uhr abends kam es in Charlottenburg zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, bei der die einschreitende Polizei drei Reichsbannerleute und drei Nationalsozialisten festnahm.

Strennere Durchführung der Prohibition

Washington, 28. Januar. Generalanwalt Mitchell gibt bekannt, daß während der Amtsführung des Präsidenten Hoover niemand den Verlust eines Bundesbeamten oder ähnliche Stellen befürchtet hätte, der dem Alkoholgenuss ergeben sei oder dessen periodische Aufzehrungen sich mit den Grundsätzen des Prohibitionsschuldes nicht vereinbaren lassen. Mitchell sagte hinzu, daß er Gehaltsabnahme beanstanden werde, Informationen über die Lebensgewohnheiten und Ansichten der Leute einzufordern, die sich um solche Verluste bewerben.

Wieder dreizehn Todesurteile in Russland

Kowno, 27. Januar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde vor einiger Zeit im Dorfe Dawydowka im Kreise Priluki eine gegenrevolutionäre Organisation aufgedeckt, die unter der Führung des früheren Gutsbesitzers Salikowitschi und des Gendarmer Jaroski stand. Die Organisation soll mehrere Mitglieder des Dorfjewel ermordet haben. Nunmehr hat das Gericht 12 Mitglieder dieser Organisation zum Tode verurteilt.erner hat das Oberste Gericht der Sowjetunion den ehemaligen Mitarbeiter der Berliner sowjetischen Handelsvertretung Miller-Malkis in Abwesenheit wegen Vertrags zum Tode verurteilt. Miller-Malkis hat es abgelehnt, nach Sowjetrußland zurückzukehren, um sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten.

Wie weiter aus Moskau gemeldet wird, wird von amtlicher russischer Seite die Nachricht über die Überweisung des megalithischen Gefangen verstreut. In der russischen Erklärung wird mitgeteilt, daß die mexikanische Regierung Mitte Dezember vorigen Jahres erläutert habe, sie sehe sich infolge der kommunistischen Propaganda auf mexikanischem Boden gezwungen, ihren Gesandten abzuberufen und sich in Moskau lediglich durch einen Geschäftsträger vertreten zu lassen. Der mexikanische Gesandte hat Moskau bereits verlassen.

Der Volkskommissar für Gesundheitswesen, Semaschko, ist zurückgetreten. Semaschko war ein persönlicher Freund Lenins. Nach privaten Erklärungen sollen zwischen Semaschko und der Partei große Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Semaschko soll im Staatsdienst der Sowjetunion bleiben, aber nur auf einem Posten, der keinen politischen Charakter trägt.

Die Entfestigung des Brüderlochs steht

Die Entfestigungsarbeiten am Brüderloch stehen begonnen. Nach den Bestimmungen des Vertrages von Brüderloch mit Russland mit Rückblick auf die vorbereitende Räumung durch die französische Besetzung im Laufe dieses Jahres die von den Franzosen inzwischen geräumten Festungswerke zu zerstören. Mit der Niederlegung des zwischen Sundheim und Neumühl gelegenen Stützpunktes an der Kinzig ist bereits begonnen worden. Die weiteren Festungswerke gelangen gleichfalls in den nächsten Wochen zur Niederlegung, abgesehen von den Werken, die bis zur endgültigen Räumung noch von den Franzosen benutzt werden.

* Der Frankfurter Millionsbetrag Santerrey hat die wegen fiktiver Anmeldung erholtene Gefangenstrafe in Prag verbüßt und ist am Dienstag den reichsdeutschen Behörden übergeben worden.

* Schweres Autounfall in Stuttgart. Dienstag früh 4 Uhr überfuhr vor dem Hauptbahnhof ein Stuttgarter Auto das leichte Parkhaus und überfuhr sich. Die beiden Insassen wurden getötet, der Fahrer schwer verletzt.

* Flugzeugunglüx in Amerika. Ein von Wichita (Kansas, U.S.A.) kommendes Flugzeug stürzte in das Unterholz am Rande des Flugplatzes von Kansas City ab, wobei vier Passagiere und der Flugzeugführer getötet wurden.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarst

Witterungsauflösungen. Wolkig bis zeitweise neblig, trüb. Keine oder nur örtliche unbedenkliche Niederschläge. Temperaturen um Null schwancken. Weist schwache Winde veränderlicher Richtung.

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

Erhöhter staatlicher Gewinnanteil an der Österreichischen Nationalbank

Wien, 24. Januar.

Die Bundesregierung hat mit der österreichischen Nationalbank Vereinbarungen getroffen, die eine Neuordnung der Gewinnbeteiligung des Bundes und der Reserven betreffen. Diese Vereinbarungen bedürfen noch der Genehmigung durch die Nationalbank und den österreichischen Nationalrat. Danach wird der Bundesregierung seitens der Nationalbank ein erhöhter Gewinnanteil, nämlich derart, daß bei einer Dividende zwischen 10 und 12 Prozent dem Bund statt % künftighin % und bei einer Dividende über 12 Prozent dem Bund statt % künftighin % des verfügbaren Gewinbetrages zu kommen, zugestanden und unter Voraussetzung einer 6-prozentigen Mindestdividende die Zinsenfreiheit der Bundesschuld konzediert. Dieser Verteilungsschlüssel wird auch auf die bei Ablauf des Privilegiums oder im Liquidationsfall nicht verbrauchten bzw. zur Deckung von Verbindlichkeiten nicht benötigten außerordentlichen Reserven angewendet. Ferner wurde eine grundsätzliche Einigung über die Durchführung der künftigen Reserven erzielt und endlich die Zusage gemacht, daß der aus Überweisungen von einer Pensionsreserve zu stärkende Pensionsfonds in Inlandswerten veranlagt wird. Hingegen hat die Bundesregierung der Österreichischen Nationalbank eine Verlängerung ihres Privilegiums um 15 Jahre, also bis 31. Dezember 1957 zugestanden.

Märkte und Börsen

Getreide und Vieh in Chicago 25. I. 27. I.

	Getreide und Vieh in Chicago 25. I.	27. I.
Weizen:		
für März	122 1/2-121 25	121 1/2-121,70
für Mai	126 1/2-126,50	125,50-126 1/2
für Juli	128,00-127 1/2	126,75-126 1/2
für September	—	128 1/2-128,35
Mais:		
für März	87 1/2	87,—
für Mai	90 1/2	90 1/2
für Juli	93,25	92 1/2
für September	—	93,75
Hirse:		
für März	45 7/8	45,25
für Mai	47 1/2	46 1/2
für Juli	45 7/8	45 —
Roggen:		
für März	93,75	91,75
für Mai	92,50	90,25
für Juli	90,75	89,25
Schmalz:		
für Januar	10,42,50	10,45
für März	10,57,50	10,57,50
für Mai	10,75	10,75
für Juli	10,95	10,95
Rüppen:		
für Mai	—	—
Speck	12,50	12,50
Leichte Schweine niedriger Preis	10,15	10,—
do. höchster Preis	10,35	10,30
Schwere Schweine niedriger Preis	9,50	9,40
do. höchster Preis	10,25	10,15

Berliner Produkten-Börse

Berlin, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Im Getreidegeschäft Meile abgängen die Tendenz nach unten, und die Preise, welche bald kleine Schwankungen ab, bald aufwärts laufen, ändern sich im großen und ganzen nur unwesentlich. Für Weizen sind die inländischen Wertschätzungen sehr verhältnismäßig, zumal sich aus den ausländischen Berichten keine reellen Tendenzen herausstellen. Der Weizenmehrgeschäft ist sehr still geblieben, und die Mithälfte sind in ihren Anverhandlungen auch vorsichtig. Im hochwertigen Lieferscheingeschäft entwickelte sich das Interesse zur Krämer und die Preise zeigen eine leichte Abweichung. Für Rogen geht die Diskussion über die verschiedenen Anträge und Restrukturierungen fort, während für das Geschäft selbst sich keine Interessen richten. Hier wird die Ware im Preis gestützt und gleichzeitig sind nach den Erwartungen etwas bessere Fundamente durchgesetzt worden. Gerste blieb ruhig. Hafer ebenfalls viel und zu erträglichen Preisen ausgebrückt. Neue Exportfragen liegen still. Im Melkgeschäft ist auch der Umsatz in Roggenmehl recht klein.

Amtliche Preisnotierungen. Berlin 27. I. 1930.

Preise in Gold. Für Getreide o. Getreide p. 1000 kg, sonst p. 100 kg ab Staats-			
Weizen, märk.	244-247	Erhob. Vikt.	23,00-31,00
Brotgetz., märk.	160-163	Erhob. Vikt.	21,00-24,00
Brotgetz.	170-180	Futtergetreide	10,00-20,00
Futtergerste	—	Frument	17,50-19,50
Wintergerste	—	Arbeitsgerste	18,00-19,00
Hafer mark.	132-142	Wurke	21,00-24,00
Hafer, Loco, Berlin	10,42,50	Lepins, Blatt	14,00-15,00
Wassermel. fr. Brot	29,75-38,25	Leinsaat	17,00-18,00
Roggemel. fr. Brot	22,15-25,10	St.-Johann	25,00-30,00
Wassermel. fr. Brot	9,75-10,25	Kartoffel	16,00-17,25
Roggemel. fr. Brot	8,25-8,75	Winkenber	21,00-22,00
Roggemel. fr. Brot	—	Frument	7,00-7,40
Roggemel. fr. Brot	—	Soja Schrot	14,50-14,80
Leinsaat	—	Kartoffelkörner	13,00-14,00

Handelsrestriktionen-Liste - angegebene Preise

Weizen, März 222,6-262,50-273,8 Brief
Roggem. März 182,8-191-190,6
Hafer, März 140-141,18-158-178,6 Gold

Dresdner Börse

Zuletztler Nr. 100 Mark-Nennwert im Reichsmarksystem.

Deutsche Staatspapiere		
6 D. Wrtz. B. v. 10	2,2	2,2
6 Anl. D. H. v. 27	6,6	6,6
6 S. Staats-Anl. 21	7,4	7,4
6,5 Rst. Sch. 1	5,5	5,5
6,5 du. 2	5,5	5,5
6 Landeskultur	5,5	5,5
6 Aufschwund m. Aus.	1,1	1,1
6 do. aus. 1,1	1,1	1,1
6 D. Schutz-Anl.	2,9	2,9

Schuldverschreibungen

| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 | 51 | 52 | 53 | 54 | 55 | 56 | 57 | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 | 65 | 66 | 67 | 68 | 69 | 70 | 71 | 72 | 73 | 74 | 75 | 76 | 77 | 78 | 79 | 80 | 81 | 82 | 83 | 84 | 85 | 86 | 87 | 88 | 89 | 90 | 91 | 92 | 93 | 94 | 95 | 96 | 97 | 98 | 99 | 100 | 101 | 102 | 103 | 104 | 105 | 106 | 107 | 108 | 109 | 110 | 111 | 112 | 113 | 114 | 115 | 116 | 117 | 118 | 119 | 120 | 121 | 122 | 123 | 124 | 125 | 126 | 127 | 128 | 129 | 130 | 131 | 132 | 133 | 134 | 135 | 136 | 137 | 138 | 139 | 140 | 141 | 142 | 143 | 144 | 145 | 146 | 147 | 148 | 149 | 150 | 151 | 152 | 153 | 154 | 155 | 156 | 157 | 158 | 159 | 160 | 161 | 162 | 163 | 164 | 165 | 166 | 167 | 168 | 169 | 170 | 171 | 172 | 173 | 174 | 175 | 176 | 177 | 178 | 179 | 180 | 181 | 182 | 183 | 184 | 185 | 186 | 187 | 188 | 189 | 190 | 191 | 192 | 193 | 194 | 195 | 196 | 197 | 198 | 199 | 200 | 201 | 202 | 203 | 204 | 205 | 206 | 207 | 208 | 209 | 210 | 211 | 212 | 213 | 214 | 215 | 216 | 217 | 218 | 219 | 220 | 221 | 222 | 223 | 224 | 225 | 226 | 227 | 228 | 229 | 230 | 231 | 232 | 233 | 234 | 235 | 236 | 237 | 238 | 239 | 240 | 241 | 242 | 243 | 244 | 245 | 246 | 247 | 248 | 249 | 250 | 251 | 252 | 253 | 254 | 255 | 256 | 257 | 258 | 259 | 260 | 261 | 262 | 263 | 264 | 265 | 266 | 267 | 268 | 269 | 270 | 271 | 272 | 273 | 274 | 275 | 276 | 277 | 278 | 279 | 280 | 281 | 282 | 283 | 284 | 285 | 286 | 287 | 288 | 289 | 290 | 291 | 292 | 293 | 294 | 295 | 296 | 297 | 298 | 299 | 300 | 301 | 302 | 303 | 304 | 305 | 306 | 307 | 308 | 309 | 310 | 311 | 312 | 313 | 314 | 315 | 316 | 317 | 318 | 319 | 320 | 321 | 322 | 323 | 324 | 325 | 326 | 327 | 328 | 329 | 330 | 331 | 332 | 333 | 334 | 335 | 336 | 337 | 338 | 339 | 340 | 341 | 342 | 343 | 344 | 345 | 346 | 347 | 348 | 349 | 350 | 351 | 352 | 353 | 354 | 355 | 356 | 357 | 358 | 359 | 360 | 361 | 362 | 363 | 364 | 365 | 366 | 367 | 368 | 369 | 370 | 371 | 372 | 373 | 374 | 375 | 376 | 377 | 378 | 379 | 380 | 381 | 382 | 383 | 384 | 385 | 386 | 387 | 388 | 389 | 390 | 391 | 392 | 393 | 394 | 395 | 396 | 397 | 398 | 399 | 400 | 401 | 402 | 403 | 404 | 405 | 406 | 407 | 408 | 409 | 410 | 411 | 412 | 413 | 414 | 415 | 416 | 417 | 418 | 419 |
<th
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |

Da sind sie einig!

Die evangelische Front gegen das Zentrum in Hannover

Die Vorgänge bei der Gründung des hannoverschen Provinziallandtags haben eine Bedeutung für die Zentrumspartei, die über den Rahmen der Provinz weit hinausgeht. Hannover hat rund 12 Prozent Katholiken. Trotzdem behauptet es in der provinziellen Selbstverwaltung eine sehr starke Stellung. In der letzten Wahlperiode war es im Begriff der Vertretung im Reichsrat, die es, wohlgemerkt, nicht verlangt hatte, sondern die ihm angeboten worden war. Landgerichtsdirektor Dr. Breitenstein hat die Provinz zu allgemeiner Zufriedenheit vertreten. Auch die Rechtsparteien, die ihm nicht gewählt hatten, müssen doch zugeben, daß gegen seine Tätigkeit im Reichsrat Einwendungen nicht erhoben werden können. Der Mangel freilich, daß er katholisch ist, läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Wie aber kann eine evangelische Provinz durch einen Katholiken im Reichsrat vertreten sein? Diese Tatsache erschien vielen zunächst ganz unschöner. Allmählich mußte man sich daran gewöhnen, aber ausgelöscht hat man sich mit ihm keineswegs. Der Wunsch, den katholischen Reichsratsvertreter zu bestitigen, blieb immer lebendig und entschied letzten Endes die Frontbildung im neuen Provinziallandtag. Die Abneigung gegen den Einfluß des katholischen Volksteils führte Demokraten und Nationalsozialisten zu traumtem Verein mit Deutsch-Hannoveranern, Deutscher Volkspartei, Mittelstandsblock aus Handwerkern und Hausbesitzern und Deutschnationalen zusammen. Die evangelische Front war fertig.

Um dies Ergebnis richtig zu würdigen, muß man die Kräfteverteilung im hannoverschen Provinziallandtag kennen. Bei der Wahl am 17. November 1929 hatten Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zusammen von 111 Sitzen 53 erhalten, alles, was rechts vom Zentrum steht, zusammen 54. Dazu kamen noch 4 Kommunisten. Die Rechtsparteien hatten also die Aussicht, mit einer Stimme Mehrheit die Gewalt an sich zu reißen. Ihre Unzufriedenheit würde sie wohl an einem Versuch nicht gehindert haben. Aber die Sache war doch zu unsicher. Es brauchte nur einer ihrer Abgeordneten feant zu sein, so war die Entscheidung dem Zufall des Loses anheimgegeben. Wenn es gar den Kommunisten eingesetzt, bei der Wahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses nicht neutral zu bleiben, sondern im zweiten Wahlgang gegen die Rechte zu stimmen, so war der ganze schöne Plan zu Wasser geworden. Denn die Zusammensetzung des Provinzialausschusses ist entscheidend für die Selbstverwaltung der Provinz. Er zählt 13 Mitglieder. Davon werden 12 nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Bei der oben angenommenen Gruppierung würden Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten sechs Vertreter erhalten haben, die Rechte ebenfalls sechs. Die Gruppe, die den Vorsitzenden erhielt, bekam also damit die Mehrheit. Der Vorsitzende wird nämlich für sich allein vom Provinziallandtag in Mehrheitswahl gewählt. Die Rechte war deshalb zu Verhandlungen genötigt, wenn sie nicht alles dem Zusammenschluß wollte.

Der Zusammenschluß des Provinziallandtages zu seiner ersten Tagung war auf den 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, anberaumt. Am Tage vorher waren bereits alle Parteien versammelt, um selbst die Lage zu beraten und Gelegenheit zu Verhandlungen zu bieten. Die Befreiungen dauerten den ganzen Tag an. Am Abend nach 8 Uhr machten die Rechtsparteien dem Zentrum einen Vorschlag, der ein gemeinsames Vorgehen, aber ohne die Demokraten, bezweckte. Die Unterhändler des Zentrums behielten die Entscheidung der Fraktion vor. Dies beschloß, am andern Morgen 9.30 Uhr die Beratung fortzusetzen. Um 10 Uhr war eine Fühlungnahme mit den demokratischen Fraktionen verabredet, die man doch abwarten mußte, ehe eine Entscheidung fallen konnte. Den Rechtsparteien sollte von dem Stand der Dinge Mitteilung gemacht werden. Die Unterhändler, der verschwiegenen hatte, sich die Antwort der Zentrumsfraktion persönlich zu holen, erschienen nicht. Es war auch im Hause nicht aufzufinden. Die Abgeordneten des Zentrums gingen nach Hause in der Überzeugung, daß am andern Tage weiterverhandelt würde. In der Nacht aber sahen sich die Unterhändler der Rechtsparteien noch mit den Demokraten

zusammen und kamen nach Mitternacht tatsächlich zu einer Vereinbarung, wenn auch die Demokraten sich formal bis zum Mittag freie Hand vorbehielten. Am anderen Morgen traten die Rechtsparteien auf Anfrage offen, daß sie die Verhandlungen mit dem Zentrum für abgebrochen ansahen. Die Demokraten hielten sich sorgfältig vor einer gefürchteten Beschuldigung mit den Verhandlungsführern des Zentrums. Der Bund der evangelischen Parteien war fertig. Was das Angebot der Rechtsparteien an das Zentrum vom Abend vorher für einen Zweck hatte, ob es ein einseitiges Manöver der Rechten oder ein abgefeiertes Spiel war, läßt sich nur ahnen, aber nicht nachweisen. In der Erfüllungssicht trat dann der Bund in Tätigkeit. Er war so innig, daß er bei der Wahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses zu verhindern, völlig außer acht ließ. Er nahm nicht nur den ersten Vorsitzenden, sondern auch seine Stellvertreter

Unt sich in Anspruch. Nach der Wahl des zweiten Vorsitzenden verließen die 39 Sozialdemokraten die Sitzung.

Präsident des Landtags wurde das Mitglied der deutsch-hannoverschen Partei (12 Abgeordnete) Dr. Haemann. Er erhielt 56 Stimmen, der Kandidat der Sozialdemokratie 49 (19 Stimmen der Sozialdemokratie und 10 des Zentrums), der Kandidat der Kommunisten 4. Ein Abgeordneter fehlte wegen Krankheit, ein Stimmenwert war unbeschrieben. Ein demokratischer Abgeordneter hatte sich nicht entscheiden können, das wenig ehrenvolle Spiel seiner Fraktion mitzumachen.

Die Zentrumspartei hat den Vertreter im Reichstag verloren. So bedauerlich das ist, nicht bloß vom Standpunkt des Zentrums, sondern auch im Interesse der Gesamtpolitik, so wird der Einfluß des Zentrums in der Provinz Hannover doch nicht dauernd darunter leiden. Die Zentrumspartei hat sich bei den Wahlen alleinens behauptet. Sie hat 10 Abgeordnete im Provinziallandtag und besitzt einen Vertreter im Provinzialausschuß. Der katholische Blockteil hat seine politische Geschlossenheit bewahrt. Weit mehr Tatsache wird man nicht hinwegsehen können. Die Katholiken aber haben wieder einmal die Erfahrung gemacht, daß sie längstwo auf Wohlwollen zu rechnen haben und auf ihre eigene Kraft angewiesen sind. Diese Erfahrung wird ihre Früchte tragen.

Noch einmal Prozeß Törns

Um Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Tod

Berlin, 29. Januar.

Vor einer Berufungsammer des Reichsgerichts I hat gestern die Berufungsverhandlung in dem Prozeß begonnen, der sich um die Person des Reichsanwalts Törns dreht. In diesem Prozeß werden noch einmal die Ereignisse zur Entdeckung kommen, die sich im Eden-Hotel, dem Hauptquartier der Garde-Schützen-Division vor und nach Einführung der Spartakusführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg abgespielt haben.

Am 24. März 1925 im "Tagebuch" ein Artikel erschien, "Kollege Törns" überzeichnet, Staatsanwalt R. gezeichnet. In diesem Artikel war dem Reichsanwalt Törns vorgeworfen worden, daß er sich nie von den Vorwürfen gereinigt hätte, die aus Anlaß der Untersuchung gegen die Mörder gegen ihn erhoben worden wären. Die Schlussfolgerung des Artikels deutete, daß Reichsanwalt Törns als Mensch und Jurist nicht würdig wäre, die hohe Stellung eines Reichsanwalts zu bekleiden".

Gegen den verantwortlichen Redakteur der "Tageszeitung" wurde der verantwortliche Redakteur der "Tageszeitung" verhandelt. Der Oberstaatsanwalt öffentliche Anklage erhoben, aber nach vielfältiger Verhandlung, in der Reichsanwalt Törns gespielt, mit einer Anklage erregenden Begründung freigesprochen. Als haarkarriert und unverständlich hat Reichsanwalt Törns — der in den ersten Prozeß hineintam, ohne Kenntnis seiner eigenen Alters aus dem Jahre 1919, ohne an seinem Anspruch, als Nebenkläger zugelassen zu werden, gebadet zu haben, ohne sich auch nur einen forensisch erfahrener Rechtsbeistand zu verpflichten, ohne zu ahnen, welch schwerer Waffengang ihn bevorstand — sich einen hochgeachteten Berliner Anwalt mitgebracht.

Reichsanwalt Törns, der erst im Laufe der ersinnlosen Verhandlung davon dachte, daß er mit Genehmigung des Gerichts auch als Nebenkläger auftreten könnte, hat Beurteilung gegen das streitpreehende Urteil eingelegt, die Staatsanwaltshaft dagegen nicht! Diesmal hat Reichsanwalt Törns — der in den ersten Prozeß hineintam, ohne Kenntnis seiner eigenen Alters aus dem Jahre 1919, ohne an seinem Anspruch, als Nebenkläger zugelassen zu werden, gebadet zu haben, ohne sich auch nur einen forensisch erfahrener Rechtsbeistand zu verpflichten, ohne zu ahnen, welch schwerer Waffengang ihn bevorstand — sich einen hochgeachteten Berliner Anwalt mitgebracht.

Das Interesse der Öffentlichkeit an der gestrigen Eröffnungsverhandlung war sehr gering. Nur die Presse war stark vertreten. Die geladenen Zeugen — Dr. Landsberg, der ehemalige Volkskommissar für die Justiz, der bekannte Oberst a. D. Reinhardt, Wolfgang Heine, der ehemalige preußische Innensenator, der altgewordene Sturmgeisel Ledebour, der Kommunist Tieck, Geheimrat Strauß und von Berger, die ehemaligen Kriegsgerichtsräte Hurzil und Ehrenhardt, die Landsknechte von der Garde-Schützen-Division von damals, der für sein Leben liebte Leutnant Liebmann, und

der gefügig nicht mehr normale Husar a. D. Kunze (der heißt anders heißt) — werden vorläufig entlassen. Man braucht sie noch nicht.

Als Disposition der Behandlung des Verhandlungskolleges wird einmali festgelegt, daß man chronologisch vorgehen will. Diese Ordnung bedeutet, daß man Einschritte in die Verhandlung schafft wird, an deren Hand fortzuführen versucht wird; erstmals, welches Bild müßte in dem oder dem Stadium der Untersuchung der damalige Kriegsgerichtsrat Törns eigentlich vor Augen haben? Zweitens, suchen die Maßnahmen, die Törns ergreift, im Einklang mit dem Untersuchungsbild, das er haben mußte? Drittens, hat der damalige Kriegsgerichtsrat Törns also seine richterliche Pflicht als Untersuchungsrat völlig objektiv, ohne Ansehen der Person erfüllt? Oder hat er Mörder direkt oder indirekt geschont oder begünstigt?

Die Verlesung des Urteils erster Instanz beginnt. Das dem ehemaligen Kriegsgerichtsrat beigebrachte, daß seine damalige Stellung gewiß schwierig gewesen wäre. Als Kriegsgerichtsrat einer Garde-Schützen-Division, deren autokratisches Vaterland war! — Ueberlegungen über die Schwierigkeit der Stellung des Kriegsgerichtsrat Törns zur damaligen Zeit sprechen aber den Kriegsgerichtsrat Törns nicht von dem Vorwurf frei, daß er Zustände duldet und Zustände vom Vorwurf leistete, die er als Untersuchungsführer nicht verantworten durfte."

An die Verlesung des ersten Urteils schließt sich die Vernehmung des Abenhängers Reichsanwalt Törns an. Die voransichtliche Dauer des Prozesses wird auf mehrere Wochen berechnet.

Euguswohnungen aus Steuerstrafgeldern?

Mitglieder des Christlich-sozialen Volkes, frühere deutschnationale Abgeordnete, haben im Preußischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der sie ausführen, daß das Landesfinanzamt Berlin bau in der Berliner Straße, Ecke Thielallee, in einer Zeit, wo in Berlin der Wohnungsbau in weitgehendem Maße wegen Mangel an Mitteln eingeschränkt werde, einen großen Häuserblock mit Zugangsmitteln. Die Wohnungen, Einfamilienhäuser mit mindestens 8 Zimmern oder auch 2- und 3-Familienhäusern werden in so pompöser Weise hergestellt, daß der Mietpreis, wie Fachleute behaupten, pro Zimmer mindestens 200 RM. betragen müßte. Es werde aber behauptet, daß den Finanzbeamten nun

"Sans doute, il a de contrebande" (ohne Zweifel, er hat Schmuggelware), sagte der Anführer. Ein Hoffnungsschimmer. Sie gaben sich den Antheim einer Streitwache und räubten mich dabei aus. Und richtig: als sie ihr Werk vollbracht, sprangen sie ins Dunkel des Waldes zurück und waren verschwunden.

Noch halb betäubt stand ich auf, untersuchte und fand, daß meine Uhr, mein Fußsackhalter und meine Brieftasche mit Geld fehlte.

Als ich am nächsten Morgen den Nebenfall auf dem deutschen Polizeiamt und bei der französischen Kommandantur melden, erfuhr ich, daß an der gleichen Stelle in der Nacht zwei dieser Bürger das nämliche Schicksal widerfahren war. Eine oberflächliche Untersuchung wurde eingeleitet, aber die Verdächtigen wurden nicht gefunden.

Gedenkfeier für Graf Zeppelin. An sich ist ein Gedenktag nichts. Eine Feier zum Gedenken eine mehrheitlich ist uninteressant. Und dieser Gedenktag zieht sich vom Sonntagabend bis in volle Woche. Doch es doch das Gedächtnis an ein ehemaliges Schicksal, dessen Hand viele Jahre die französische Polizei der Dresdner Hofoper inne hatte. Ein seltsamer Name kommt mir bei diesem Gedächtnis dieses Schicksals aus der jüngsten Vergangenheit. Die Frau Zeppelin-Zeppelin ist nicht nur in der Nachschau unter Stadt zum Marken geworden, sondern ihr Name ist um ein wenig Welt. Dieses Gedächtnis bringt mich in der Art des Verherrlichen, dem eine das Kind nicht verherrliche Gedächtnis einer reichen Eltern. Die französische Polizei hat die Wahrheit, was durch zahlreiche Polizeiwachen, eins nach dem anderen, auf die Wahrheit des Gedächtnisses gebracht werden. Gestern und heute soll es ein ehrwürdiges Feier. Moysés Blechman, der Gedächtnisträger, steht es ein geschätztes Werk, nicht ein Werk, der kostspielig ist — kostet schon in die Tausende des Zehntausends. Hermann Hirschbach, die Zigarettenfirma, Helene Mata, Helene Anna, Martin Kramer, August Blaschke und der Opernchor beteiligen das Meisterwerk, wozu kein Kloß sich der Vorhang. Schweinend leerten sich die Räume über der Bühne. Seebach wird in der Dresdner Staatsoper nicht verhindern.

Aus der Belagerungszeit

Von Jakob Aneip

Seltsame Fahrt

Das Städtchen Diez an der Lahn, in dem ich zu Beginn der Belagerung wohnte, lag an der Grenze der französischen Zone. Die Sperrre für Lebensmittel, Post — überhaupt für jeglichen Verkehr nach dem unbesetzten Deutschland wurde aufs schärfste durchgeführt. Auch die Lahnbrücken wurden schärfer überwacht, und die einzige Fähre zwischen Diez und Limburg, die den Verkehr nach den jenseitigen Dörfern vermittelte, mußte ihren Betrieb einstellen.

Ganz in der Nähe dieser Fähre wohnte ich. Das Haus, eine alte Klostermühle, lag am Fuße des Schlosses Oranienstein, dicht am Ufer der Lahn.

Zum Sommer 1919 nun starb in dem uns gegenüberliegenden Dorf auf einer meiner Schüler. Der Begräbnistag aber war außerordentlich heilig, und um mir nun in der Höhe den weiten Weg bis zur Diezer Brücke und die Scherereien mit dem französischen Posten zu ersparen, entschloß ich mich, in der Nähe meiner Wohnung eine Furt zu suchen. Sie war bald entdeckt. Das Wasser reichte mir an der tiefsten Stelle gerade bis zur Brust.

So begab ich mich nachmittags, mit Zylinder und Gehrock angezogen, zu dieser Furt, zog die Kleider aus, bündelte sie zusammen, hielt sie mit einer Hand hoch und stieg hinab in den Strom. Den Zylinder aber behielt ich auf dem Kopf.

Alles schien gut zu gehen. Aber als ich eben am andern Ufer aus dem Wasser steigen wollte, erblieb ich an einer Fuhrliegung eine französische Uniform. Ich dachte an eine Streitwache und befand einen Schred. Aber es war nur ein Soldat, der dort angelte. Und der Schred des Franzosen, als er da einen Mann im Adamskostüm, den Zylinder auf dem Kopfe, plötzlich aus den Fluten steigen sah, muß noch weit größer gewesen sein: er ließ die Angel fallen und starrte mich fassungslos an.

Ich hielt es nicht für angebracht, ihn über das Rätsel aufzuhören, sondern zog eiligst meine Kleider an und kam rechtzeitig zu dem Ergebnis nach Hause.

Mein Beispiel aber fand Nachahmung. Einige Männer hielten meinen Übergang mit angelehen, und alsbald entwickele sich an meiner Furt, vor allem zur Nachzeit, ein lebhaftes und lustiges Herüber und Hinüber.

Nächtlicher Überfall

Kurz darauf aber erlebte ich mit der Belagerung einen Fall, der viel weniger harmlos verlief, der vielleicht die ganze Un Sicherheit und Not unserer Lage beleuchtet:

Ich hatte bei einem Freunde unten in der Stadt den Abend verbracht und wollte gegen 11 Uhr nach meiner Wohnung zurück. Mein Weg führte über eine Anhöhe, durch ein Wäldchen, dann durch eine Allee nach Schloss Oranienstein hinab. Es war eine breite Fahrrastrasse, die sonst von Glazierern beleuchtet war. Aber gerade in dem Wäldchen brannte in jener Nacht auf meinem Heimweg keine einzige Laterne. Dazu war es sehr regnerisch und dunkel.

Doch ich war den Weg tausendmal gegangen und schritt vollkommen sicher und unbekümmert hinan.

Schon bin ich am Ende des Wäldchens angelangt, da hörte ich plötzlich laut ein Geräusch. Aber noch ehe ich mir darüber klar werden kann, bin ich von den beiden Häuschen gepackt und zu Boden gerissen. Ich erkenne trocken den Dunkel zwei, drei Soldaten in Schildhelmen, die sich über mich wachten; einer hält mit einem Revolver vor die Stirn; ein anderer drückt mit Mund und Achsel zu. Einer aber steht aufrecht neben mir und wiederholt mit gedämpfter Stimme:

"Faites votre service, faites votre service . . ." (Tut euren Dienst!)

Ich hatte schon mit meinem Leben abgeschlossen, ich war ja gänzlich waffen- und wehrlos. Und das Furchtbare war mit dieser entsetzlichen, unvergesslichen Minute, daß ich nun, hell durch den Krieg gekommen, hier in der Helm händlich hingerichtet werden sollte. Da aber merkte ich, wie man meine Kleider aufzog und meine Taschen durchsuchte.

Achtung!

Zahlkarten für Februar

Der heutigen Nummer liegen die Zahlkarten für Februar bei. Wer sie umgehend ausfüllt, vermeidet lästige Mahnungen.

120 RM. pro Zimmer in Ausschau gebracht werden. Es wird gefragt, ob dem Staatsministerium bekannt sei, daß die notwendigsten Kleinwohnungen aus Mangel an Mitteln nicht hergestellt werden könnten, daß aber hier öffentliche Gelder in große Luxuswohnungen hineingestellt würden, an denen ein Mangel in Berlin gar nicht bestehen, und ob es richtig sei, daß diese Wohnungen aus Steuerstrafgeldeinen erbaut würden.

Dresden und Umgebung

Die sächsische Industrie gegen Erhöhung der Eisenbahn-Gütertarife

Dresden, 28. Januar. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat in seiner Sitzung vom 24. Januar 1930 einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Kommissar bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Berlin-Leverkusen, hat in seinem Bericht über die Lage der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft im Jahre 1929 darauf hingewiesen, daß die einzige durchführbare Lösung, der angekommen finanzielle Lage zu begegnen, in einer erneuten Tarifverhandlung bestehe. Der Verband Sächsischer Industrieller erhebt demgemäß erneut schärfsten Einspruch gegen die Durchführung einer weiteren Gütertarifsteigerung, die bei der jetzigen Lage der Wirtschaft und der hohen steuerlichen Belastung, die immer noch auf der Weltbahn ruht, zur Verbelastung immer schwererer wirtschaftlicher Schüttungen mit beitragen würde. Die schematische Erhöhung der Tarife ist auch nicht das Mittel, mit dem der Bahn geholfen werden kann, zumal eine immer weitergehende Erhöhung zur Vereinigung der Gütertransporte und zur Abwandern auf andere Verkehrsmittel führen muß. Nach Ansicht des Verbands Sächsischer Industrieller muß der Reichsbahn deshalb auf andere Weise geholfen werden, z. B. durch Ermäßigung der Aufnahme von Nutzern für verbindende Anlagen, durch Abnahme eines Teiles der ihr auferlegten politischen Kosten auf alle Verkehrsunternehmen, sofern dadurch, daß sie auch in anderer Verbindung den übrigen Verkehrsunternehmen gegenüber in ihrer Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigt wird. Eine dauernde identische Erhöhung der Tarife muß aber sowohl im Interesse der Bahn wie auch im Interesse der Verbraucher aus entschuldigt werden.

Schlesiens Bedeutung für das Reich

Dresden, 28. Januar. Auf Veranlassung des Ausschusses für gesetzliche Interessen der Studentenschaft der Technischen Hochschule wurde gestern abend Generaldirektor Dr. Ing. h. c. W. Schmidt, Direktor im Studentenhaus über „Schlesien, seine Wirtschaft und Bedeutung für Reich“. Generaldirektor Dr. Schmidt ist ein herausragender Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse in Schlesien, besonders der Nachkriegszeit. Die zahlreichen Hörer erhielten deshalb ein umfassendes Bild von der schwierigen Lage, in der sich vor allem die Wirtschaft in jüngster Folge infolge der Abteilung der wichtigsten oberösterreichischen Gebiete befindet. Der Provinz Schlesien seien anhaltende 20 v. H. der Produktion durch den Verfallen Vertrag genommen. Aber auch von den Bodenschäften, wie Zinn, Kupfer, Eisen sei nur ein geringer Bruchteil geblieben. Die Industrie — neben dem Bergbau vor allem Textil-, Papier- und Maschinenindustrie — leide ebenso wie die Land-

Konjunkturverlauf in Sachsen

Weiterhin starkes Absinken des industriellen Beschäftigungsgrades

Der Konjunkturverlauf, in dem sich die sächsische Wirtschaft seit Ende 1927 befindet, hat sich, wie die im Statistischen Landesamt vorliegenden Wirtschaftszahlen erkennen lassen, in den letzten Wochen ganz wesentlich verschärft. Insbesondere ist ein sehr starker Absinken des industriellen Beschäftigungsgrades zu verzeichnen, so daß der Höhepunkt der Rücksperiode des vorigen Winters erreichte Höchststand der Arbeitslosigkeit um die Jahreswende 1929/30 bereits erheblich überschritten war. Insgesamt wurden Ende Dezember in Sachsen rund 348 000 Arbeitssuchende (gegen 295 000 Ende Februar) gezählt, wovon 243 000 (253 000) aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfürsorge unterstützt wurden. Bis Mitte Januar 1930 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiterhin um fast 40 000 auf 281 000 angestiegen; sie liegt damit nur wenig unter dem Stande von Anfang Dezember 1929, dem höchsten, der wohl jemals in Sachsen erreicht wurde.

In keinem anderen Gebiet des Reiches hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in gleichem Maße verschlechtert wie in Sachsen. Im ganzen Reich wurden um die Jahreswende noch 200 000 Arbeitsuchende weniger gezählt als Ende Februar 1929, und Westfalen hatte Mitte Januar 1930 sogar 40 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung weniger als vor einem Jahre (Sachsen dagegen 50 000 mehr).

Der Rückgang der Transportumsätze hat sich fortgesetzt, ein Zeichen dafür, daß die Umsatzfähigkeit in der Produktionsmittelwirtschaft weiterhin nachgelassen hat.

Die auf dem Bahnwege beförderten Gütermengen blieben, wenn man den Güterverkehr, der entsprechend dem höheren Ausdrucken der sächsischen Bergwerksbetriebe angewandt ist, außer Betracht, im 4. Quartal 1929 um 13.1 v. H. (im 3. Quartal um 6.8 v. H.) hinter dem Vorjahresumfang zurück. Der Postverkehr zeigt die gegen Jahrzehnte übliche Zunahme auf, jedoch ist auch hier eine Abnahme um 5 bis 6 v. H. gegenüber dem letzten Quartal 1929 zu verzeichnen. Auch in der Entwicklung des postbedienten Zahlungsdienstes spiegelt sich der Rückgang der Umsatzfähigkeit wider: die Postschiedlastträger waren in

den beiden letzten Monaten um je 10 Millionen Reichsmark oder 1.5 v. H. geringer als in der entsprechenden Vorjahrszeit, und die Strömungen bei den sächsischen Reichsbankstellen lagen nur im Dezember höher als vor Jahresfrist.

Der Wert der direkten Ausfuhr Sachsen nach den Vereinigten Staaten von Amerika war — ebenso wie in den Vorjahren — im 4. Quartal niedriger als im vorangegangenen, so daß darin eine saisonmäßige Bewegung erblicht werden kann. Jedoch ist auch gegenüber dem gleichen Zeitraum 1929 ein überaus starker Rückgang festzustellen, der wohl mit der konjunkturellen Abschwächung in der Union in Zusammenhang zu bringen ist. An diesem Rückgang sind — von Textilmaschinen und Lederwaren (hauptsächlich Handschuhe) abgesehen — fast alle wichtigeren Waren beteiligt. Eine besonders große Abschlagsmehrung zeigt sich bei Rauchwaren und Seifen (minus 63 v. H.), Textilwaren (minus 36 v. H.) und häuslichen Blumen (minus 34 v. H.).

Die Ausnahmefähigkeit des Kapitalmarktes hat sich weiterhin verringert. Nach den Eröffnungen des Statistischen Landesamtes betrug im letzten Vierteljahr 1929 der Goldmarktumsatz nur noch ein knappes Drittel dessenjenigen in der gleichen Periode, und es waren die Aktienemissionen um mehr als 50 v. H. niedriger. Bei den sächsischen Sparassen überstiegen — ebenso wie 1928 und 1927 — im Dezember die Abhebungen die Einzahlungen, jedoch war der Auszahlungsüberschuss (15.1 Millionen RM.) wesentlich höher als in den beiden Vorjahren (4.1 bzw. 1.8 Millionen).

Die Zahl der über sächsische Unternehmungen eröffneten Konkurs- und Vergleichseröffnungen ist im Dezember wieder angestiegen, während die (statisch erlaubten) Wechselproteste — ebenso wie 1928 — einen Rückgang aufwiesen.

Zum Stiftland kommen wird, läßt sich zunächst noch nicht voraussehen. An die im Januar eingetretene Erhöhung der Geldsätze ostlich dürften weitgehende Erwartungen nicht zu knüpfen sein, vor doch auch in früheren Jahren im ersten Monat eine Entspannung am Geldmarkt zu beobachten.

wirtschaft unter großen Abschlusserfolgen. Diese werden zum Teil durch die Konkurrenzunfähigkeit mit dem unter weit günstigeren Verhältnissen arbeitenden ausländischen Ausland bewirkt. Die sächsische Wirtschaft müsse deshalb verlangen, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag, bestimmt die wechselseitige Erhöhung der Tarife gegen die polnische Konkurrenz schützen.

Staatsliches Material und eindrucksvolle Abbilder haben weiterhin bereits Beweis von der Bedeutung der sächsischen Wirtschaft für das Deutsche Reich, die nicht allein auf wirtschaftlichen, sondern vor allem auch auf politischem Gebiet liegt. Es müsse deshalb allgemein begrüßt werden, daß gegenüber der Blick der deutschen Öffentlichkeit sicher als bisher noch dem Osten geträumt ist und doch auch die Regierung, wie das in Arbeit befindliche Ostprogramm beweist, eine durchgreifende Regelung für den gesamten deutschen Osten erstrebe.

Die Ausführungen des Redners wurden von den zahlreichen Hörern mit Aufmerksamkeit aufgenommen und fanden großen Beifall.

Abbildungssitz für Bischof Dr. Scheibler. Der Ortsverein der katholischen Vereine Dresdens veranstaltet am Sonntag, den 16. Februar, abends 8 Uhr im großen Saale des Ausstellungspalastes eine Abbildungsfeier zu Ehren von Bischof Dr. Scheibler. Sämtliche Ehrendoktoren der Dresdner Gemeinden werden bei der Feier mit. Die Festrede hat Prof. Dr. Heindl übernommen. Alle Katholiken von Groß-Dresden und Umgebung sind zu der Feier herzlich eingeladen.

Der Verband der Lehrer an Dresdner Privatschulen hält im großen Saale von Auekist seine Jahrestagerversammlung ab. Sie beginnt mit dem Geschäftsjahrtag. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes ist gestiegen; der Verband umfaßt weisweise den größten Teil der Lehrkräfte an den etwa 30 Dresdner Privatschulen. Einen Ein-

schlag hat die Feier des zehnjährigen Bestehens gebildet, die im September des Jahres gleichzeitig mit der 1. Zäsurlichen Schulabschlußtag, vollzogenen hat. Über das Jubiläum sprach der Dresdner Kunsthistoriker Dr. Wilhelm Junius. — Der Vorstandswahlkreis erzielte eine Anzahl von Veränderungen. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Junius zumstellvertretenden Vorsitzenden Baron von Unruh-Eberstein gewählt; die übrigen Amter wurden mit den Namen Adl. Königshain, Herrn Koos, Adl. Mat und Adl. Grünewald besetzt.

Anmeldung von Volksschulkindern für die höheren Abteilungen der Volksschulen. Vom Schulamt wird darauf hingewiesen, daß Anmeldungen für die höheren Abteilungen der Volksschulen bis spätestens 30. Januar 1930 beim Klassemeister nachzuhalt werden können. Die Schulfeststellung wird dann das weitere beim Schulamt vorstellen. Spätere anmeldete Kinder müssen unter Aufsicht zuschreiten werden.

Eine gewisse Elisabeth Menzel aus Schleiden schenkt auch in Dresden ihre Gedichte vorzutragen zu wollen. Den Anfang ihres Büchlein kann man um der Gedichte willen, besonders aber wegen der Vorrede, die sie ihrem Büchlein gibt, durchaus nicht empfehlen.

Erste Feier für die außer Amts gesetzten Pfarrer. Die höchsten Kosten teilen mit, daß sie die außer Amts gesetzten Pfarrer aus Alumniumbronze nach dem 31. Januar ab 3. nicht mehr in Wohnung nehmen.

Plandarlehen. Die im Mai 1929 aufgenommenen, im August 1929 fällig gewesenen Plandarlehen, sind bis 4. Februar 1930 zurückzuzahlen oder zu verlängern, andernfalls die Pläne werden durch das Leihamt vom 17. Februar an versteigert werden.

Das falsche Zwanzigmärktheilne. Seit einiger Zeit werden in Strehlen gesäßliche Zwanzigmärktheilne, die aus verschiedenen Teilen echter Zwanzigmärktheilne zusammengelegt und kleiner als die echten Scheine sind, verausgabt.

Bei Aufspringen der Hände

Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unsichtbare matte Creme wundervoll kühlend wirkt bei Judrez der Haut und gleichzeitig eine vorzüglich geruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Creme Leodor: Tube 60 Pt., große Tube 1 Mk. — Leodor-Edel-Seife: Stück 50 Pt. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Theater und Musik

Zentraltheater. Zu seinem ersten veranstaltete das Personal des Zentraltheaters am Sonnabend eine Nachvorstellung. Unter den künstlerischen Leitung Georg Wörtiges und der musikalischen Werner Goebelo bot die verloste Theaterkapelle einige Operettensezene. Die Damen Schubert, Kattner, Schröder, sowie die Herren Matthes, Suhfull, Thunis, Wörtige steuerten aus ihrem Repertoire allerlei entsprechende Gaben bei. Das Ballett tanzte mit seiner Leiterin Gertrude Gründig einige Tänze. Die zu wenig vorbereitete Aufführung von Liebster von D. Hollstein sah nicht in die Umgebung und konnte in ihrer Mangelschönheit der Begleitung keinen Wert dieser Aufführung geben. Ein Ball im Palaispalais schloß sich der Aufführung im Theater an. In Anbetracht des guten Zusches war der plötzlich durstige Besuch der Veranstaltung zu bedauern.

Bekers Feste Bühne (Nippolt), Wettinerstr. 12. — Trotz des großen Andranges kann die Revue „Das spricht sich rum“ nur noch bis mit 31. d. M. gegeben werden. Ab Sonnabend, 1. Februar, vollständig neues Programm, u. a. „Bahnhof Bleckersdorf“, Burleske in einem Akt, „Der Simulant“, tolle Bälle in großer Bildern, mit Paul Bekers in den Hauptrollen.

Tanzabend Nidda Impeloven. Nidda Impeloven tanzte am Freitagabend vor dem vollbesetzten Saal des Künstlerhauses. Ihre Art zu tanzen hat einen ganz anderen Charakter als die der Männer oder Frauen. Das Phantastische, Ausreizende, Groteske, der lockende Schwung dieser Tänzerinnen liegen ihr fern. Der Stil ihrer Darbietungen liegt im Einfachen, Graziösen. Ein Abend bei den Impelovenen bringt den Zuhörern keine Aufregungen, dafür aber bezaubernde Erholung und lebhafte Unterhaltung. Die im ersten Teil gehörten tänzerischen Geschäftungen erfreuten den inneren Gehalt Bezaubernder und Badischer Kompositionen nicht ganz. Um so mehr gelücklich die grazienen Umdrehungen des Abends von

Mozart und das Leben der Blume. — 18. Tänzerische Tanz teilend waren die Burleske „Was ihr wollt“ und die entzündenden Puppengetänze im zweiten Teile. Der Münchner Kaiserwürmer war ein Meisterstück grotesker Komik, das so geliefert, daß es mehrmals wiederholt werden mußte. Gestanden: musikalisch bestand kein Zweck. —

Bavareischer Bund der deutschen Jugend. Die über ganz Deutschland in 60 Ortsgruppen verbreitete Zusammenziehung aller jugendlichen Kunstschulen im Sinne des Bayreuther Geistes, hat nun auch in Dresden ihren Boden gewonnen, indem sich die Mitglieder der bayerischen Ortsgruppe außerordentlich riegen an den Kundgebungen beteiligen. Um Osten ist von der Dresden Ortsgruppe eine größere Vereinigung geplant, die aus einem teilweise musikalischen Erklärunfts- und Einführungsvortrag über Richard Wagner's Bühnenmeisterstück „Paris“ folgt, das alljährlich um diese Zeit an unserer Staatsoper zur Aufführung gelangt, besteht. — Das große Bundesfest findet während der Feiertagszeit — in den Tagen vom 22. bis 25. Juli dieses Jahres — in Bayreuth statt. — Der Vorstand der Dresden Ortsgruppe sieht sich aus den Herren Namensvettern Heinrich Knauer, Tonkünstler Alfred Pellegrini und Schriftsteller Schnabel zusammen. Bundes-Adresse: Dresden-R. 6, Triest-Kreuz-Straße 1. 2.

Das Konzertoratorium für Musik und Theater zu Dresden veranstaltet am Donnerstag, den 30. Januar 1930, abends 7.30 Uhr, im Anhaltischen eine Musik-Aufführung vor den Mitgliedern des Patronatvereins.

Vorträge in Dresden. Die E. Voigt hält zwei Vorträge mit Lichtbildern über: Das Christentum und die Erneuerung des Christentums in der Gegenwart!, 8 Uhr im kleinen Saal der Dresden Kaufmannschaft und zwar nächstes Freitag, 31. Januar: Die Weltweise des Christentums: Die Reisen der Apostel und nächstes Sonnabend, 1. Februar: Die Zukunft des Christentums: Die Katakombe!. Montag, 3. Februar, 8 Uhr im Künstlerhaus spricht Kaplan Jährl. über „Riesche: Nesthet, Freigieß und Liebermensch“. — Prof. Dr. E. Horneffer, Gießen, gibt drei Vorträge: „Der Sozial-

ismus und der Eigentumskampf der deutschen Wirtschaft“, 8 Uhr, im Künstlerhaus. 1. Vortrag nächstes Mittwoch, 20. Januar: Privatwirtschaft und Sozialismus. 2. Vortrag Mittwoch, 27. Februar: Wehr und soziale Sozialpolitik. 3. Vortrag Mittwoch, 12. Februar: Diktatur oder Parlament. — Nach dem 3. Vortrag Diskussion. — Karten bei F. Ries, Seestra. 21.

Sonntagsvorführung im Instrumentenmuseum. Vom Museumsschriftlichen Instrumentenmuseum der Universität Leipzig im Neuen Grassimuseum, Nordflügel, sind seit längstem Sonntagsvorführungen geplant, in denen wechselnde Leihgaben der Sammlung erläutert und durch das Spiel ausgewählter historischer Instrumente anschaulich gemacht werden sollen. Bei ausreichendem Aufmarsch werden die Vorführungen in jedem Semester mehrmals stattfinden. Die erste Vorführung ist für Sonntag, den 2. Februar 1930, vormittags 10 Uhr, angesetzt und beharrt „Cäcilie“ und „Taleklavier“. Zugang ab 9.45 Uhr, Tübchenweg 20, gegen einen Unkostenbeitrag von 50 Pf. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 beschränkt. Das Instrumentenmuseum ist anschließend, wie alljährlich, von 11 bis 13 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Humor

Die Pieler. „Herr Pieler, was sagen Sie bloß zu diesen schlechten Geschäften?“ — „Nicht, nicht mehr aus Geschäft klimpern!“

„Warum denn nicht?“ — „Dass müßten Sie doch schon ganz allein wissen; Toten soll man nur Gutes nachsagen!“

Nichtum. „Herr Pieler, Rungen bilden sich mit dem Fleischum ihrer Väter.“ „Nein!“ lautet der eine, „Aber kommt ja auch in Frage!“ — „Was denn? Wie kommen wir denn jetzt in Frage?“ — „Wie kommt euch ja nich mal 'nen Radioapparat leisten! Deine Schwester lernt ja per Hand Klavierspielen...“

Große Namen. „Sie leben noch, Sie haben nur Ihre Berufe gewechselt. In Berlin gibt es einen Gasjournalist Friedrich Schiller und einen Buchhändler Theodor Adorno, Franz Schubert ist Lebensmittelhändler, Heinrich Heine Waffemeister, und Richard Wagner führt eine Tropferei.“

Steuerlern
1. bis 15. Februar für das Steuerlernung keine Steuerpflichtige benötigt wird auf Selbstverständlichkeit wird. Bei der Steuerpflichtigen ist die Steuerpflichtigkeitsbestimmung, welche die Steuerpflichtigen bestimmt, auf die Zeit vom 1. Februar bis 15. Februar 1930 in Anwendung zu bringen. — 15. Februar steht 1930 in der Steuerpflichtigen bestimmt, auf die Zeit vom 1. Februar bis 15. Februar 1930 in Anwendung zu bringen.

15. Februar

1930 als außerordentliche Steuerpflichtige bestimmt.

15. Februar

für Sachen. Die

15. Februar

1930 nach dem 1. Februar 1930 in Anwendung zu bringen.

15. Februar

1930 nach dem 1. Februar 1930 in Anwendung zu bringen.

15. Februar

1930 nach dem 1. Februar 1930 in Anwendung zu bringen.

15. Februar

1930 nach dem 1. Februar 1930 in Anwendung zu bringen.

15. Februar

1930 nach dem 1. Februar 1930 in Anwendung zu bringen.

15. Februar

1930 nach dem 1. Februar 1930 in Anwendung zu bringen.



Wertesatzheft, G
er Betrag und das
Volumen für die
Dro. - Baustelle

Pri

General

General P
General Bereng
neuen Kabinets

Die Diktat
Jahre behauptet
Generalapostol
einem Manifest
johlgeliebt des
politischen Verhö
des Königs ein
Volksvertretung
1878 außer Sta
Bundspolitik. Wa
reich im Jahre
bestreitbaren Be
die militäristisch
tator nicht in d
angerten Deisen
glückte ihm die
sion, die an die
nicht in dem erzu

Obwohl da
zivile Regie
nachvollziehbar
wuchs die Oppo
dauerte. Auch i
verbund sich zeit
Quera im Kampf
auf politischem Ge
leben Pläne auf
den Einfluss g
gelegt. Allzoin
fassungsmaßnahm
selbst verantwortet

Die

Über die
Primo de Rivera
dung aus Madrid
zwei Dekrete un
Carlos als Genera
als Militärdame
Der König habe
in sei Primo de
Marine zu se
worden zu sein
weitere Führung
Rivera ausgetrage
den ständigen G
Diktator bestimmt

Seipel

Der frühere Bu
hier zum ersten
lungen. Der And
feinen Einfluss sind
wehr auf der Str
jedoch von der Po
vorher angemeldet
Selpel aus, er mö
Garde einer P
Er sagte: Es ist
heitsgarde all
Sozialdemokratie
mehr sein, daß sie
das Allgemeinwohl
wirliche Vol
der alle Parteien

Heute die welt
Gebiet führt er so
bewegung und ihre
Zukunft Bürger daf
ten, die zusammen
bekämpfen, solange
und der gemeinsame
Leug, daß er die jug
nichtsozialistischen
Einigkeit zu bewahr

Die Organisation des Zentrums

Beschlüsse des Reichsparteivorstandes

steht sich recht schwierig, weil sie alle sich in eine besondere Aversion gegen das Gericht hineingelegt hatten und weil sie dieser Regelung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Ausdruck nahmen. Zunächst wurden einige Polizeibeamte als Zeugen vernommen und dann wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

1. Leipziger Einwohnerzahl. Nach einer Aufstellung betrug die Einwohnerzahl der Stadt Leipzig am 1. Januar 8. 3. 694 250. Nach der letzten Volkszählung steht sie auf 679 159.

2. Neue Arbeitsstelle für Landesverband. Die Neuorganisation der Arbeitsstelle für Landesverband, Reichsbauern 7, ist nunmehr beendet. Die höchsten Arbeitskräfte haben für die Erweiterung und für die Kosten einen Antrag von 12500 RM. und für Neuanfangsumfang von 85000 RM. gestellt. Die Räume des Amtes für Verkehrsministerium, das sich im Gründhof Ditteshof 3 befindet, soll nach übernommen werden.

3. Leipzig braucht keine Ware vom Konsumverein zu bezahlen. Das Oberzollamt erachtet bei den Steuern volkseigener Staatsoberwerke und dem Rat der Stadt Leipzig wegen der angeblichen Verpflichtung der Stadt als Mitglied des Konsumvereins Leipzig-Plauens Waren von diesem Verein zu bezahlen, davon entledigen: Der Warenberg ist eine Miete der Vermutung, die von Rat angenommen wird. Die Zuständigkeiten haben nicht das Recht, Verpflichtungen dieser Art zu setzen. Außerdem ist beim Weitblick der Stadt als Mittel zur Konsumverein ausdrücklich erklärt worden, daß eine solche Mittelsetzung keine Verpflichtung zum Nachbezug ergebe. — Die Stadt Leipzig braucht also kein Waren vom Konsumverein zu bezahlen.

4. Nummerierung von Kraftfahrzeugen. Da ein großer Teil der Wagen von den Kreisbeamten und Beamten eingesetzten Fahrzeuge und dem Rat der Stadt Leipzig wegen der angeblichen Verpflichtung der Stadt als Mitglied des Konsumvereins Leipzig-Plauens Waren von diesem Verein zu bezahlen, davon entledigen: Der Warenberg ist eine Miete der Vermutung, die von Rat angenommen wird. Die Zuständigkeiten haben nicht das Recht, Verpflichtungen dieser Art zu setzen. Außerdem ist beim Weitblick der Stadt als Mittel zur Konsumverein ausdrücklich erklärt worden, daß eine solche Mittelsetzung keine Verpflichtung zum Nachbezug ergebe. — Die Stadt Leipzig braucht also kein Waren vom Konsumverein zu bezahlen.

5. Ein Stoßdiebstahl im Werte von 10000 RM. aufgedeckt. In einem großen Leipziger Modehaus wurden seit längerer Zeit Wahrnehmungen gemacht, daß kostbare Stoffe verschwunden. Aufmerksame Beobachtungen ergaben, daß ein Angestellter sich solche Stoffe aneignet hatte. Bei einer Hausforschung entdeckte man einen Stofflager im Werte von etwa 10000 RM. Der festgestellte Angestellte gab zu, daß ein Teil dieser Stoffe, und zwar im Werte von etwa 3000 RM. von ihm gestohlen worden seien; die übrigen Stoffe will er jedoch auf ehrliche Weise erworben haben.

Ein Dorf dem Untergange geweiht

Meuselwitz, 23. Januar. Das benachbarte Dorf Nauendorf ist dem Untergange geweiht, denn immer näher zieht der Braunkohlenberg seine Kräfte. Tiefe Tiefbaue und hohe Halden umgeben das Dorf von allen Seiten. Sämtliche Anwesen sind von den Leonhard-Braunkohlenwerken aufgeschaut worden, und in nächster Zeit wird das lechte Haus von Nauendorf abgetragen sein und das Dorf vollständig zu beheben aufgesetzt haben. Ein Aufbau an anderer Stelle wird nicht erfolgen. Vielmehr werden die ihrer Scholle bewohnten Bauern, die ihren Besitz erst nach hartem Kampfe hergegeben haben, sich in anderen Orten ansiedeln.

Chemnitz, Zwickau, Plauen

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

Chemnitz, 28. Januar. In der letzten Sitzung der Industrie- und Handelskammer Chemnitz trat man darum ein, daß Sachsen dem Beispiel der anderen deutschen Einzelstaaten und insbesondere dem Beispiel Preußens folgen und einen weiteren energischen steilen Abbau der österrückigen Raumbevölkerungshaltung vernehmen müsse. Vor allem gilt das für die Auszugsmeverordnung, durch die allein die Chemnitzer Ladengeschäfte von der seinerzeit verfügten Lockerung der Zwangswirtschaft ausgeschlossen wurden, wohingegen verschiedene Betriebshandlungen der gewerblichen Räume aller anderen österrückigen Ortschaften aufgehoben wurden. Gegen die Zurückhaltung der Stadt Chemnitz und ihrer Gewerbetreibenden wurde deshalb kräftiger Protest erhoben. Im übrigen sprach man sich für eine völlige Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft aus, nur sollte man für die Laden- geschäfte den Ertrag von Übergangsbestimmungen in umfangen auf kurze Zeit zur Erwidigung ihnen etwaigen, aus den bestehenden Verhältnissen entstehenden Härten vorzubringen. Auch sprach man sich für die Beseitigung aller zwangswirtschaftlichen Bestimmungen für Wohnräume mit einer jährlichen Friedensmiete von 1200 Mark und darüber aus.

6. Architektenberat Plauen: Donnerstag, den 13. Februar, nach 2 Uhr Vorlesungen im katholischen Pfarrhaus Plauen.

7. Um die Erweiterung des Bezirkshospitals Stollberg. Die Krankenhausfrage, die seit Jahr und Tag die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigt, ist dadurch in ein neues Stadium getreten, daß auf Anregung des Bezirkshverbandes Glashaus zwischen diesem und dem Bezirkshospitale Stollberg Verhandlungen eingeleitet worden sind. Sie beweisen angeblich, zu verhindern, daß die Pläne auf Erweiterung sowohl des Knapsackshospitals in Lichtenberg-Gallenberg, als auch des Stollberger Bezirkshospitals weiter verfolgt werden, da die Gefahr besteht, daß bei der Umgestaltung der Verhältnisse schließlich keines der beiden Projekte durchgeführt werden kann.

8. Der Erzgebirgische Kreis aufgelöst. Eine Jahrhundertealte Einrichtung ist nunmehr auch den Rechtsverhältnissen zum Opfer gefallen. Auf dem Sothen in Chemnitz abgeschlossenen allgemeinen Kreistag des Erzgebirgischen Kreises wurde die Auflösung des Kreises beschlossen und der Rat des Kreisoberamts dem Freiberger Domhaueramt übertragen. Dem Erzgebirgischen Kreis lag in mittelalterlichen Zeiten die Aufgabe ob, in Altenstein für Wehrhaftung von allerlei Arztkomaterial zu sorgen und andererseits die Errichtung der Gymnasialschule in Altenstein sicherzustellen.

9. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Aus Burgstädt wird gemeldet: In der letzten Stadtverordnetensitzung bestätigte Bürgermeister Dr. Müller, den Rat zur Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 85000 RM. zur Beschaffung von Arbeit zu ermächtigen. Hierzu soll die Goethestraße zu einer Durchgangsstraße ausgebaut werden. Einem sozialdemokratischen Antrag, die Summe auf 100000 RM. zu erhöhen, wurde einstimmig zugestimmt. Ein kommunalistischer Antrag, 10000 RM. für die Erwerbslosen zu bewilligen, wurde dem Rat zur Weiterbetätigung überreicht.

10. Nach den Hartmannsdorfer Ausschreitungen. Die kommunalpolitische Landtagsfraktion hat im Landtag einen Antrag eingebracht,

auf der Tagung des Reichsparteivorstandes der Zentrumpartei am vergangenen Sonntag in Berlin ist auch die Organisationsarbeit der Partei eingehend behandelt worden.

Um eine einheitliche Organisationsarbeit sicherzustellen, beschloß der Reichsparteivorstand eine Reihe Maßnahmen, die von den Landesorganisationen und der Parteileitung gemeinsam durchgeführt werden sollen und die bei guter Zusammenarbeit zwischen den Organisationen im Lande und der Parteileitung in Berlin eine Stärkung des finanziellen Rückgrates der Partei erhoffen lassen. Nach den Beschlüssen des Reichsparteivorstandes werden die Landesverbände erachtet, da, wo es notwendig sein sollte, die Parteiamtsbezirke einzuteilen, daß alle Gebiete der Landesverbände für die Organisation und Agitation erschließen werden. Als Ziel der Organisation wird die Forderung aufgestellt, daß in allen Orten mit mehr als hundert Zentrumsmitgliedern eine soße Mitgliederorganisation mit einem geordneten Vertragsschein besteht. Wo es notwendig erscheint, wird die Feststellung von besonderen Organisationsleitern für die Ortsgruppen, Bezirke, Verbände usw. empfohlen, ebenso die Abhaltung von Organisationskonferenzen für kleinere Gebiete.

Die Organisationen in den Ländern sollen in dauernder Verbindung mit dem Geschäftsführenden Vorstand der Zentrumpartei bleiben. Der Reichsparteivorstand hat als Verbindungsman aus dem Zentrumsmitgliedschaftsamt die Verteilung der Abgeordneten festgelegt. Auf dem nächsten Parteitag soll dann über die Durchführung dieser Beschlüsse und den Erfolg der Arbeit Bericht erstattet werden. Der Reichsparteivorstand erteilte diesen Vorschlägen, die formuliert vor-

liegen, einstimmig seine Zustimmung. Die endgültige Inkraftsetzung dieser Beschlüsse soll erst nach der Zustimmung des Reichsparteiausschusses erfolgen.

Um aber der Parteiarbeit noch einen besonderen Antrieb zu geben und die gesamte Zentrumswählerschaft für die Arbeit der Partei besonders zu interessieren, hat der Reichsparteivorstand die Abhaltung eines "Werbe- und Opferfestes" beschlossen. An einem oder auch an zwei vorher festgelegten Tagen soll jedes Zentrumsmitglied einen bestimmten Betrag als Opfergabe entsprechend dem Charakter der Partei als einer Volkspartei zur Verfügung stellen. Dieser Opfertag wird im Frühjahr anberaumt werden, um genügend Zeit zur Vorbereitung zu lassen und allen Zentrumswählern genügend Gelegenheit zu geben, sich auf diesen Tag einzustellen. Dem Plan liegt der Gedanke zugrunde, die gesamte Zentrumswählerschaft an einem bestimmten Tage zu einem bescheidenen Opfer aufzurufen. Jedes soll das durch Gelegenheit gegeben werden, die Schlagkraft der Partei zu erhöhen und die Parteileitung zur Erfüllung der großen Parteiaufgaben in den Stand zu setzen.

Der Reichsparteiausschuß, der Ende Februar oder Anfang März einberufen werden wird, soll sich mit diesem Plan noch näher beschäftigen und vor allem besondere Abschläge zur Durchführung ausspielen. Die Vorsitzenden oder Vertreter der Landesorganisationen haben in den Vorstandssitzung diesen Plan lobhaft begrüßt.

Der Vorsitzende, Professor Dr. Kons, betonte nachdrücklich die Bedeutung dieses Plans für den Ausbau der Organisation und riefte einen dringenden Appell zur Mitarbeit an alle Parteifreunde.

in Acht legt. Das Anwesen sollte am Dienstag zwangsersteigert werden.

1. Frontlehrnamsalter am Kriegerdenkmal. Der Sächsische Militärverein Schirgiswalde hielt am Sonntag im Ehrenfeld seine 12. Generalversammlung ab. Der vom Vorsitzenden vertragene Jahresbericht sprach von reicher Vereinsarbeit. Der Verein zählt 235 Mitglieder; der im vergangenen Jahre verstorbenen 4 Kameraden in Treue gedient, erholten sich die Anwesenden von den Plänen. Infolge edler Spenden konnte eine Ehrenmalsschild bis auf etwa 2000 RM. geschnitten werden. Eine während der Bekämpfung umhergerückte Liste erbrachte 31,70 RM. für die Denkmalskasse. Die Wahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des 1. Vorsitzenden, Alfred Richter. Zu Deputierten wurden gewählt: Josef Löbmann, Bruno Wieschmann, Georg Möller, Franz Hönsel und Josef Grühl; Kassenprüfer wurden Paul Sieber und Hermann Dubian. Auf eine Anfrage des katholischen Warramts, betreffend die Aufstellung eines Frontlehrnamsalters am Kriegerdenkmal, wurde zu Unrecht und geheimtuerisch abgewichen; der Verein freue sich dieser schönen Ehrengabe seiner gefallenen Kameraden.

2. Lehrertragung in Bautzen. Am Sonnabend veranstaltete der Sächsische Lehrerverein in Bautzen eine Kulturtagung, die unter dem Motto "Volksgesundheit und Schule" stand. Zu diesem Thema, das durch eine Reihe Postkarten den Hören näher gebracht wurde, sprachen ein Arzt, ein Lehrer und eine Schulpfliegern an der Versammlung teil.

3. Stiftungsfest der Freiwilligen Feuerwehr St. Marienfehn. Im Rahmen einer öffentlichen Theateraufführung beging die Freiwillige Feuerwehr in St. Marienfehn ihr 61. Stiftungsfest am Sonntag im Saale des Rathauses in Panschwitz. Im Mittelpunkt auf politischen Geschehnissen standen Blumen für die militärischen Verluste bestreitbaren Bevölkerung. Die militärische Bevölkerung nahm an der Versammlung teil. Der Vorsitzende der Feuerwehr erklärte, daß der Neuantrag der Versammlung von sehr zur Neuanlaufung oder Aufzubauung von Sälen und Gemeindesälen verwendet werde, und weiterhin fanden noch die Ausgaben für die Motorisierung hinzu, die nicht gerade gering sind. Zum Schlusse wünschte er den Gästen einige Stunden ungestörter Heiterkeit. Daß dieser Wunsch sich gut erfüllte, kam aus das Kontor des Rathauses in drei Alten "Der fahrende Schwimmer" von Anton Reinhold und Ernst Bach. Von diesen Aneignungen sind schon mehrere Schwimme in die Welt gesogen, aber wenige von jenseit 1914 und 1915, so daß die Zuhörerschaft nicht aus dem Lachen herauskommt. Freilich trug dazu die erstaunliche Darstellung der Tischtische durch den Hauptmann der Wehr, Herrn Bürgermeister Böhme-Panschwitz, wesentlich bei, der ganz im Mittel des Stuhles saß und dadurch die anderen Spieler — 12 an der Zahl — mit sich forttrieb. Die Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

4. Zur Verhaftung reichsdeutscher Ausländer. Zu der Verhaftung von reichsdeutschen Ausländern am Sonnabend in Nürnberg in der Tschichlowahe, wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß es sich hierbei um einen Vergnügungsauflauf einer Gruppe von 5 Herren gehandelt hat. Beim Besuch eines Lokals versuchte einer von ihnen, ein arbeitsloser Dachdecker namens Lehmann aus Sphland, seine Zech mit einem verfallenen Hundertmarkstück zu bezahlen. Darin wurde Betrug erkannt, kam auf das Kontor des Rathauses in drei Alten "Der fahrende Schwimmer" von Anton Reinhold und Ernst Bach. Von diesen Aneignungen sind schon mehrere Schwimme in die Welt gesogen, aber wenige von jenseit 1914 und 1915, so daß die Zuhörerschaft nicht aus dem Lachen herauskommt. Freilich trug dazu die erstaunliche Darstellung der Tischtische durch den Hauptmann der Wehr, Herrn Bürgermeister Böhme-Panschwitz, wesentlich bei, der ganz im Mittel des Stuhles saß und dadurch die anderen Spieler — 12 an der Zahl — mit sich forttrieb. Die Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

5. Zur Verhaftung reichsdeutscher Ausländer. Zu der Verhaftung von reichsdeutschen Ausländern am Sonnabend in Nürnberg in der Tschichlowahe, wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß es sich hierbei um einen Vergnügungsauflauf einer Gruppe von 5 Herren gehandelt hat. Beim Besuch eines Lokals versuchte einer von ihnen, ein arbeitsloser Dachdecker namens Lehmann aus Sphland, seine Zech mit einem verfallenen Hundertmarkstück zu bezahlen. Darin wurde Betrug erkannt, kam auf das Kontor des Rathauses in drei Alten "Der fahrende Schwimmer" von Anton Reinhold und Ernst Bach. Von diesen Aneignungen sind schon mehrere Schwimme in die Welt gesogen, aber wenige von jenseit 1914 und 1915, so daß die Zuhörerschaft nicht aus dem Lachen herauskommt. Freilich trug dazu die erstaunliche Darstellung der Tischtische durch den Hauptmann der Wehr, Herrn Bürgermeister Böhme-Panschwitz, wesentlich bei, der ganz im Mittel des Stuhles saß und dadurch die anderen Spieler — 12 an der Zahl — mit sich forttrieb. Die Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

6. Motorradzusammentreffen. In Sebnitz soll trug sich ein schwerer Motorradunfall zu. Als der Motorfahrer Ezech aus Bautzen mit seinem Motorrad in Richtung Böhmen fuhr und einen gebrochenen Wassertank nicht, den Brand auf seinem Motorrad zu verhindern, kam er in die Böschung über, welche gegen einen Baum stieß und raste dann gegen einen zweiten Baum und raste dann gegen einen dritten. Hierbei kam er so schwer zum Sturz, daß der Tod sicher war.

7. Blutiger Ausgang eines Bruderstreites. Der 18 Jahre alte Maurerlehrling Hollidach in Moholz bei Meissen hatte sich eine neue Strickjacke gekauft, um die ihn sein älterer Bruder, ein Tischlerlehrling benedete. Am Sonnabendabend lächelte der ältere Bruder seinem jüngeren eine Revolverkugel in die Schulter, weil er die Strickjacke nicht bekommen. Der Schuh ist ein Stieghahn und die Kugel konnte von einem hinzugezogenen Arzt entfernt werden. Lebensgefahr besteht für den Verletzten nicht. Der ältere Bruder ist seit der Tat spurlos verschwunden.

8. Der Erzgebirgische Kreis aufgelöst. Ein Großfeuer vernichtete in den frühen Morgenstunden des Montags das dreiflügelige, besonders schöne und historisch wertvolle Schloß des Rittergutes Unruhe, welche der Rittermeister des Erzgebirgischen Kreises war. Der Brand zerstörte den gesamten Innenraum des Treppenhause unter größter Gefahr, geboren werden. Obwohl binnig kurzzeitig ein Feuer ausbrach, um die Böschung zu verhindern, verlor der Brand auf dem Boden eine Menge Staub und Asche. Am nächsten Tage fand man nach langem Suchen die Leichenstücke der beiden oberhalb des Schlosses der Tafelwände. In einem vorgefundene Abstellraum teilten sie mit, daß sie gemeinsam in den Tod gehen wollten. Die Leichen sind am Sonnabendmittag geborgen worden. Der Grund zur Tat soll Liebeckummet sein.

9. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Aus Burgstädt wird gemeldet: In der letzten Stadtverordnetensitzung bestätigte Bürgermeister Dr. Müller, den Rat zur Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 85000 RM. zur Beschaffung von Arbeit zu ermächtigen. Hierzu soll die Goethestraße zu einer Durchgangsstraße ausgebaut werden. Einem sozialdemokratischen Antrag, die Summe auf 100000 RM. zu erhöhen, wurde einstimmig zugestimmt. Ein kommunalistischer Antrag, 10000 RM. für die Erwerbslosen zu bewilligen, wurde dem Rat zur Weiterbetätigung überreicht.

10. Nach den Hartmannsdorfer Ausschreitungen. Die kommunalpolitische Landtagsfraktion hat im Landtag einen Antrag eingebracht,

Tuchhaus Pörschel Inventur-Ausverkauf
Dresden-A. Schiefelestr. 21
10 bis 30 % Ermäßigung!

Stoff-Reste, pass. für Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen, Joppen, Kinder-Anzüge, Damenmäntel, Kostüme und Kleider. Ein Posten Manchester, à 2.50 per Meter.

**Herren-Stoffe
Damen-Stoffe
Futter - Stoffe**